

ZIVIL COURAGE

1892



1 | 2025 | 2,80 €

Magazin der DFG-VK



KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IST MENSCHENRECHT!

24. DFG-VK-BUNDESKONGRESS - LUDWIG-BAUMANN-PREIS 2024
REAKTIVIERUNG DER WEHRPFLICHT - MILITARISIERUNG DES WELTALLS
FRIEDENSDEMONSTRATIONEN IN BERLIN, NÖRVENICH UND NÜRNBERG

Eine Stimme für den Frieden in herausfordernden Zeiten

Liebe Leserinnen und Leser,

mit großer Freude, aber auch mit dem gebotenen Respekt trete ich, Yannick Kiesel, das Amt des Chefredakteurs der **ZivilCourage** an. Zunächst möchte ich meinem Vorgänger, Stefan Philipp, herzlich für seine jahrelange Arbeit danken. Mit unermüdlichem Engagement und einer klaren Haltung hat er das Magazin geprägt und zu einer unverzichtbaren Plattform für die Friedensbewegung gemacht. Stefan, deine Hingabe wird uns auch in Zukunft als Maßstab und Inspiration dienen.

Wir leben in einer Zeit, in der das Wort „Zivilcourage“ wichtiger denn je ist. Während die Welt sich in immer neue kriegsrische Konflikte verstrickt und die Spirale der Aufrüstung unaufhaltsam zu sein scheint, ist es unsere Aufgabe, eine laute und klare Gegenstimme zu der vorherrschenden Kriegslogik zu sein. Kriege wie der in der Ukraine oder die anhaltenden Auseinandersetzungen in Gaza und Israel zeigen uns auf tragische Weise, wohin diese Logik führt: Leid, Zerstörung und Entfremdung.

Doch die Herausforderungen hören hier nicht auf. Die Klimakrise bedroht unsere Existenzgrundlagen und die sozialen Ungerechtigkeiten verschärfen sich weltweit. In all diesen Krisen dürfen wir nicht resignieren. Stattdessen müssen wir für den Frieden eintreten – als Konzept, das weit über die Abwesenheit von Krieg hinausgeht. Frieden bedeutet Gerechtigkeit, Solidarität und eine gemeinsame Zukunft.

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ist ein Verband, der wie kaum ein anderer starke Stimmen für den Frieden vereint. Diese Vielfalt und Entschlossenheit machen uns einzigartig und geben mir Hoffnung. Die kommenden Jahre werden zweifellos heraus-

fordernd, doch ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam viel bewegen können.

Die **ZivilCourage** wird weiterhin ein Forum für Debatten, Analysen und Inspiration sein. Dabei wollen wir Tradition und Aufbruch verbinden: bewährte Werte hochhalten und gleichzeitig Raum schaffen für neue Ideen und Perspektiven. Ich freue mich auf den Austausch mit Euch, liebe Mitglieder, und auf viele spannende Projekte, die wir gemeinsam anstoßen können.

Lasst uns die Stimme sein, die sich gegen Krieg und Gewalt erhebt – laut, mutig und zukunftsgerichtet.

Mit friedlichen Grüßen

Yannick Kiesel

Chefredakteur der **ZivilCourage**



Foto: Sandra Kühnapfel

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
und DFG-VK-Shop
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart
0711-65296246
verwaltung@dfg-vk.de
shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer
Michael Schulze von Glaßer
0176-23575236
svg@dfg-vk.de

Landesverbände und Gruppen
www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-
Stiftung der DFG-VK
stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietsky-
Solidaritätsfonds der DFG-VK
<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion ZivilCourage

Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart
0711-51892620
zc@dfg-vk.de



ONLINE

www.zivilcourage.dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Cornelia Mannewitz mannewitz@dfg-vk.de
- Jürgen Gräßlin graesslin@dfg-vk.de
- Marius Pletsch pletsch@dfg-vk.de
- Ralf Buchterkirchen buchterkirchen@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer schwoerer@dfg-vk.de



Foto: DFG-VK

Tagesleitung auf dem BuKo

Das war der Bundeskongress 2024

„Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht – weltweit!“ – unter diesem Motto fand vom 4. bis 6. Oktober 2024 in Halle an der Saale unser 24. Bundeskongress statt: Wir haben Preise verliehen, Anträge beschlossen, Posten neu besetzt – und uns zerfleischt.

„Sie sind ein ungeheures Blutbad. (...) Ein Sperrfeuer von Anklagen, Bezeichnungen, Mißtrauensvoten“ – das schrieb Carl von Ossietzky 1924 „nur leicht übertreibend“ über die Kongresse der damaligen „Deutschen Friedensgesellschaft“ (zitiert nach Grünewald, Guido (Hrsg.): Nieder die Waffen! – Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (1892 – 1992), Bremen 1992, S. 74). Ein Plakat mit dem Zitat hing – von mir aufgehängt – am Eingang zum Saal unseres Kongresses einhundert Jahre später. Schon bei unseren letzten Kongressen ging es stellenweise „heiß her“ – wie würde es diesmal sein?

Mit 128 Delegierten war der Kongress in Halle der teilnehmerInnen-stärkste der letzten Jahrzehnte. Das hatte sicherlich auch mit einigen kontroversen Anträgen und einer Demonstration in Berlin am Vortag zu tun. Doch bevor es darum ging, gab es am **Freitag** erst mal ein „lockeres“ Programm. Am Steintor wurden die anreisenden Delegierten einige hundert Meter von der Jugendherberge – unserem Tagungsort – entfernt mit einem Infostand in Empfang genommen: Unser Aktionsfahrzeug – ein Transporter mit großer „Frieden-schaffen-ohne-Waffen“-Aufschrift – sowie das große aufblasbare Gewehr des DFG-VK-Landesverbands Bayern waren gut sichtbar. Dazu konnten Interessierte Materialien am Stand bekommen. Besonders erfreulich: Die lokale und regionale Presse berichtete über unseren Kongress und schaute auch bei der Aktion vorbei. Leider war es etwas regnerisch, sodass sich der Andrang in Grenzen hielt.

Gut gefüllt war hingegen am Abend unser mit vielen Transparenten „geschmückter“ Tagungssaal: Nach einer Begrüßung durch die aus-tragende Regionalgruppe Sachsen-Anhalt wurden einige Formalia abgearbeitet – die Tagungsleitung und andere HelferInnen wurden

Titel

Eine Stimme für den Frieden in herausfordernden Zeiten <i>Yannick Kiesel</i>	2
Das war der Bundeskongress <i>Michael Schulze von Glaßer</i>	3
Statements zum Bundeskongress <i>Diverse AutorInnen</i>	6
Wahlen und Beschlüsse	8
Friedensfähig statt kriegstüchtig	10
Niemals gegen das Gewissen <i>Marcus Angebauer</i>	11
Ludwig-Baumann-PreisträgerInnen <i>Auszüge aus den Reden</i>	12
Teil von etwas Größerem sein <i>Marcus Angebauer</i>	13

Antifaschismus

Neue Broschüre: Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung <i>Michael Schulze von Glaßer</i>	15
Rechtsoffenheit in der Friedensbewegung <i>Felix Oekentorp</i>	16
Wo Trumpismus auf EUropa schleichend wirkt <i>David Scheuing</i>	17

Antimilitarismus

Militarisierung im Weltraum <i>Elvin Çetin & Yannick Kiesel</i>	18
Proteste gegen Atomkriegsmanöver <i>Joachim Schramm</i>	20
Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist – ist Soziale Verteidigung die Antwort <i>Willi Rester</i>	21

Kriegsdienstverweigerung

Welche neue Wehrpflicht? <i>Felicitas Dieterle & Yannick Kiesel</i>	22
Neuer Einstieg in die Beratungsarbeit <i>Klaus Pfisterer</i>	24
Wie lange noch? <i>Marcus Angebauer</i>	26

Friedensbewegung

- Nie wieder Krieg
*Nils-Holger Schomann
und Detlef Mielke* 27

Krieg und Klima

- Militär und Klima?
Yannick Kiesel 28

ZivilCourage intern

- Die ZivilCourage im Wandel
Yannick Kiesel 30

Meinung

- Was macht eigentlich der politische
Geschäftsführer?
Michael Schulze von Glaßer 31

DFG-VK historisch

- Bundeskongress 1978 32

5 Fragen an ...

- 5 Fragen an Jan van Aken
Nils-Holger Schomann 33

Medienempfehlungen

- Worte statt Waffen
Nils-Holger Schomann 34

- Wie Lichter in der Nacht
Thomas Carl Schwoerer 35

- Ribbentrops Pressechef Paul Karl
Schmidt vor und nach 1945
Stefan Lau 36

- Pazifismus – ein Irrweg?
Stefan Philipp 37

Neues aus den Regionen

- Popularklage in Bayern 38

- Adbusting am Kriegsministerium 39

- LeserInnenbriefe 40

Anderes

- Rheinmetall in der Zeitenwende 42

gewählt und auch eine Tagesordnung verabschiedet. Anschließend begann der kulturelle – aber nicht weniger politische – Teil des Kongresses: Zum zweiten Mal wurde von unserem Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds (www.carl-von-ossietzky-fonds.de) der Ludwig-Baumann-Preis für herausragendes Friedensengagement trotz Repression verliehen. Den PreisträgerInnen – die russische „Bewegung der Kriegsdienstverweigerer“ (Движение сознательных отказчиков), die „Ukrainische Pazifistische Bewegung“ (Український Рух Паціфістів) und Olga Karach, Leiterin des internationalen Zentrums belarussischer Bürgerinitiativen „Unser Haus“ (Місць Намі/Наш Дом) – ist in dieser ZivilCourage-Ausgabe auch weiterer Platz eingeräumt. Alle drei setzen sich – entsprechend unserem Kongressmotto – für Kriegsdienstverweigerung ein und helfen den in ihren Ländern oft verfolgten jungen Menschen. Der junge russische Kriegsdienstgegner Timofey Vaskin und die im litauischen Exil lebende Olga Karach waren vor Ort, vom Sekretär unserer ukrainischen Partnerorganisation, Yurii Sheliazhenko, hatten wir eine Rede als Video – er darf die Ukraine aktuell wie alle Männer im wehrpflichtigen Alter nicht verlassen. Ein Grußwort der Bundesvereinigung der „Opfer der NS-Militärjustiz“ rundete die Preisverleihung ab. Danach ging unser Kongress in der Lobby der Jugendherberge in ein gemütliches Beisammensein mit vielen interessanten Gesprächen über.

Der **Samstag** begann mit den Rechenschaftsberichten unserer BundessprecherInnen sowie der Hauptamtlichen (einschließlich des Autors dieser Zeilen). Zwei Themen dominierten dabei: Da wir unseren vorherigen, eigentlich für 2021 geplanten Bundeskongress aufgrund der Corona-Pandemie um ein Jahr nach hinten verschieben mussten, hat sich auch die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge (die nur der Bundeskongress beschließen kann) um ein Jahr verzögert. In Kombination mit der hohen Inflation hat dies ein ungeplantes Loch in unseren Haushalt gerissen, wodurch unsere Liquidität stärker als vorhergesehen gesunken ist. Gruppengelder konnten deshalb nicht immer pünktlich gezahlt werden. Besserung wurde gelobt und dazu auch ein Beschluss getroffen – mit Ralf Bucherkirchen arbeitet sich gerade unser neuer Bundeskassierer (ehrenamtlich) in unsere Verbandsfinanzen ein. Das zweite Thema betraf eine Demonstration, die am 3. Oktober in Berlin stattfand: Da der russische Angriff auf die Ukraine im Aufruf nicht verurteilt wurde und auch die Forderung nach Schutz und Asyl für KriegsdienstverweigererInnen

und DeserteurInnen fehlte (und wir vorab beides an die Demonstrations-OrganisatorInnen herangetragen hatten), hatte der DFG-VK Bundesverband nicht zur Teilnahme aufgerufen. Das fanden nicht alle Delegierten gut. Es wurde hart um unsere Stellung zur Demonstration in Berlin und zu zukünftigen Aktionen gestritten. Der Redebedarf war so groß, dass auch nach den Hauptreden noch – anders, als zunächst in der Tagesordnung geplant – weiter gestritten wurde (und auch am Folgetag noch). Am Ende stand die Entlastung aller Verantwortlichen mit Ausnahme unseres bis dahin zuständigen Bundeskassierers Christoph Neeb, der selbst dafür plädierte, ihn nicht zu entlasten, da er noch etwas Zeit bräuchte, um die letzten Jahresabschlüsse fertig zu machen.

In vier kurzen Reden berichteten uns noch einmal die Baumann-PreisträgerInnen von der Situation von KriegsdienstverweigererInnen in ihren Ländern. Zudem gab Rudi Friedrich von Connection e.V. einen allgemeinen Überblick über das Thema: Sowohl Deutschland als auch die Europäische Union gewähren VerweigererInnen und DeserteurInnen aus Russland, Belarus und der Ukraine noch immer keinen dauerhaften Schutz. Die Rufe einiger PolitikerInnen in Deutschland, hier lebende junge Ukrainer abzuschieben, damit sie an der Front gegen Russland kämpfen, werden lauter. Gemeinsam mit Connection und vielen weiteren Organisationen betreiben wir die Kampagne „Object War“, um diejenigen zu schützen, die sich nicht am Morden und Sterben beteiligen wollen (www.objectwarcampaign.org).

Überraschend viel Interesse gab es an einem Stadtspaziergang nach dem Mittagessen: Rund fünfzig Delegierte nahmen an einer Führung zum Ort des Terroranschlags vom 9. Oktober 2019 in Halle statt. Damals hatte ein Rechts-extremist versucht, einen Massenmord an Jüdinnen und Juden zu begehen, und – als er damit scheiterte – eine Fußgängerin und einen Imbiss-Besucher getötet. Kurz vor dem Jahrestag des Ereignisses bekamen unsere Delegierten dazu Hintergrundinformationen und gedachten der Opfer.

Am Nachmittag ging es mit Arbeitsgruppen weiter: Die Delegierten teilten sich in sechs Gruppen zu „Friedenslogik & Soziale Verteidigung“, „Kriegsdienstverweigerung in Deutschland“, „Stop-Arming-Russia-Kampagne“, „Antisemitismus“, „Situation in Belarus“ und „Positionspapier“ auf. Es gab interessante Gespräche und teilweise auch kontroverse Diskussionen.



Foto: DFG-VK

BuKo 2024

Später zurück im Plenum, standen zwei große Anträge zur Positionsbestimmung unseres Verbands auf der Tagesordnung: Unter der Überschrift „Friedensfähig statt kriegstüchtig!“ wurde der zuvor bereits an die Delegierten verschickte Entwurf einer Abschlusserklärung unseres Kongresses diskutiert – ein paar Änderungen wurden eingearbeitet; und bereits seit über einem Jahr trifft sich eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines außenpolitischen Positionspapiers. Auch an dem mehrseitigen Text „Für eine pazifistische Wende und eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung“ gab es einige Änderungswünsche – in Kombination mit dem Zeitverzug aufgrund der längeren Aussprache über die Rechenschaftsberichte konnte die Diskussion über das Positionspapier nicht zu Ende gebracht werden und wurde an unseren Bundesausschuss verwiesen. So blieb noch Zeit, in die Diskussion und Abstimmung der vier eingereichten Satzungsanträge einzusteigen.

Den Abschluss des Samstags machte ein Vortrag zum 50-jährigen Zusammenschluss der damaligen DFG-IDK mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer von Hans Decruppe. Dabei gab es auch Raum für eigene Berichte und Ansichten zu dem Zusammenschluss. Den Ausklang fand der Tag wieder in der Lobby der Jugendherberge.

Sonntag stritten wir – als Folge aus den vorherigen Diskussionen – zunächst um einen Antrag zu unseren Finanzen: Gruppengelder sollen in Zukunft zeitnäher vom Bundesverband überwiesen werden. Anschließend ging es zu den Wahlen: Die KandidatInnen für die verschiedenen Posten stellten sich den Fragen der Delegierten. Zwischendurch wurden Wahlzettel verteilt und die Delegierten konnte ihre Kreuze machen. Alle, die sich für die verschiedensten Funktionen zur Wahl gestellt hatten, wurden auch gewählt (siehe Tabelle).

Über 20 Anträge waren im Vorfeld des Kongresses fristgerecht eingereicht worden. Hinzu kamen vor

Ort eingereichte Initiativanträge. Die Zeit zum Ende unseres Kongresses wurde knapp, weshalb eine Mehrheit dafür stimmte, nach der Einbringung eines Antrags durch die AntragstellerInnen nur noch eine weitere (Gegen-)Rede zuzulassen. Der Versuch der Zeitersparnis führte aber zu viel Unmut – so konnte unter anderem ein Initiativantrag zum (komplizierten) Nahost-Konflikt nur unzureichend behandelt werden. Und von den regulär eingebrachten ordentlichen Anträgen wurden beim gesamten Kongress nur vier behandelt (einschließlich dem zur Tages- und Geschäftsordnung sowie dem der Abschlusserklärung).

Und das war nur ein negativer Aspekt unseres Bundeskongresses 2024. Einige wenige Delegierte haben sich beim Kongress leider sehr unsolidarisch verhalten: Sie haben die Redezeit nicht eingehalten, andere Delegierte beleidigt, ins Plenum gerufen – es wurde sogar geschrien. Delegierte einiger Gruppen haben beim Kongress einen – inhaltlich begründeten, aber ins Rechthaberische abdriftenden – Kleinkrieg ausgefochten. Teilweise ging es tumultartig zu. Viele Delegierte waren ob des Verhaltens einiger Mitglieder schockiert. Das Plakat am Eingang des Saals, auf dem zu respektvollen und sachlichen Diskussionen aufgefordert wurde, hatte keinen Effekt. Das Zitat Carl von Ossietzkys war bezogen auf unseren Kongress in Halle nicht übertrieben.

Michael Schulze von Glaßer
 Politischer Geschäftsführer
 Kontakt: svg@dfg-vk.de

Statements zum Bundeskongress

Rückschau auf den 24. Bundeskongress der DFG-VK in Halle (Saale)
vom 4. bis 6. Oktober 2024

Wir kamen erwartungsvoll nach Halle zum Bundeskongress, weil wir das Schwerpunktthema „Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht! Weltweit!“ so aktuell und wichtig fanden. Deswegen waren wir von der gereizten Stimmung schon zu Beginn des Kongresses wegen der Stellungnahme des Bundessprecherkreises (BSK) zur Antikriegsdemo am 3. Oktober irritiert, auch wenn wir vorab von ablehnenden Haltungen in vielen Ortsgruppen gehört hatten. Wir fanden, der BSK hatte in seiner Stellungnahme offen, differenziert und nachvollziehbar dargelegt, warum er nicht zu der Demo aufgerufen hatte. In unserem basisdemokratisch organisierten Verband war es den Landesverbänden und Ortsgruppen ja trotzdem möglich, über eine Teilnahme zu entscheiden. Merkwürdig fanden wir die Kritik am BSK auch deshalb, weil die BefürworterInnen einer Demoteilnahme sich nicht daran störten, dass eine Zehn-Personen-Gruppe zu der Demo am 3. Oktober aufgerufen hatte, die sich jeder Diskussion über ihren Aufruf (und den dann folgenden Berliner Appell) verweigerte.

Zu den positiven Erlebnissen auf dem BuKo gehörten die Verleihung des Ludwig-Baumann-Preises am Freitagabend, die Reden zum Kongressschwerpunktthema am Samstagvormittag (auch wenn manche thematische Doppelung im Nachhinein etwas unglücklich war) sowie der Stadtspaziergang am Samstag in der Mittagspause zu den Nazi-Anschlagsorten vom 9.10.2019 in Halle und die anschließenden Arbeitsgruppen. Nicht zu vergessen die vielen direkten Begegnungen mit anderen TeilnehmerInnen. Am Samstagabend waren wir eigentlich schon ermüdet von den anstrengenden, zum Teil sehr emotional geführten und mitunter leider auch beleidigenden, Diskussionen im Plenum. Wir blieben dann aber doch noch zu dem sehr lebendigen und erfrischenden Vortrag „50 Jahre Zusammenschluss DFG – IDK“ von Hans Decruppe.

Richtig schlimm wurde es dann aus unserer Sicht am Sonntag. Verliehen die Wahlen noch einigermaßen geordnet, kam es dann zu völlig haltlosen üblen Beleidigungen gegen BSK-Mitglieder und Festangestellte der DFG-VK. Außerdem konnten wegen zweier Initiativanträge und etlicher persönlicher Erklärungen wichtige Anträge, beispielsweise zu MitarbeiterInnenrechten der Angestellten des Verbands und der Antrag „Für eine pazifistische Wende“, nicht mehr behandelt werden. Absoluter Tiefpunkt wa-

ren dann am Schluss des Kongresses die tumultartigen Szenen wegen eines Antrags zum Nahostkonflikt.

Fazit: Bis zum nächsten Bundeskongress muss der Verband unbedingt zu verbindlichen Regeln für ein respektvolles Miteinander finden. Ein weiterer Ablauf wie in Halle wird viele Menschen von einer weiteren Mitarbeit in der DFG-VK abschrecken und neue Mitglieder lassen sich so schon gar nicht gewinnen.

Anregungen, was es unserer Meinung nach für einen guten Ablauf zukünftiger BuKos braucht: Andere Organisationen unserer Größe und größer schaffen es, konstruktive BuKos abzuhalten, wir sollten von denen lernen, was sie besser machen, und das ausprobieren. Das Tagungsteam hatte eine sehr schwere Aufgabe und hat sich wacker geschlagen, aber vielleicht wäre für den nächsten BuKo eine professionelle Moderation einen Versuch wert. Es gibt Moderations-Tools, die sehr hilfreich sind und auch uns helfen könnten, drei intensive Tage der Auseinandersetzung zu gestalten, ohne uns „die Köpfe einzuschlagen“. Zudem muss das Vorbereitungsteam für den nächsten BuKo schon jetzt gestärkt werden, da sollten wir uns alle an die Nase fassen und uns aktiv beteiligen. Wichtig ist auch, dass Vereinbarungen zum Ablauf und zum Umgang miteinander vor dem nächsten BuKo verbindlich getroffen werden und dann auch von allen TeilnehmerInnen akzeptiert und eingehalten werden. Inhaltlich müssen wir klären, welchen Anteil thematisch-politische Schwerpunkte bei unseren Kongressen haben sollten, wie groß der Raum für Anträge und Beschlüsse und wie umfangreich ein kultureller Beitrag sein soll, damit es nicht zu einer Überfrachtung des Kongresses kommt. Die Örtlichkeit und das Raumangebot müssen zum BuKo passen, zum Beispiel müssen ausreichend Räume für Arbeitsgruppen vorhanden sein, wenn wir Arbeitsgruppen für gut und notwendig erachten. Der zu kleine Saal trug sicher auch zu den Spannungen bei. Für ein Gelingen hätte es schon deshalb ein rücksichtsvolles Miteinander gebraucht, auf der anderen Seite zeigte die erfreulich große Teilnahme auch, dass es großes Interesse gibt.

Anete Wellhöfer und Stefan Lau,
BuKo-Delegierte der Gruppe Karlsruhe

Gedanken zweier Pazifistinnen nach dem Besuch ihres ersten Bundeskongresses der DFG-VK in Halle 2024

Die pure Neugier führte uns nach Halle: Einen Bundeskongress hatten wir als relativ neue DFGlerinnen noch nicht besucht. Dass es dort „heiß hergehen“ würde, war uns schon angekündigt worden. Wir hatten uns vorgenommen, diesen Kongress mit allem, was dazugehört, mit Distanz zu betrachten und uns notfalls zurückzuziehen, wenn wir uns überfordert fühlten. Schon der Papierberg, durch den wir uns hindurcharbeiten mussten, forderte uns massiv. Wie sollten die TeilnehmerInnen all diese Anträge an einem Wochenende mit klarem Kopf bewältigen? Dass Olga, Timofey und Yurii den Ludwig-Baumann-Preis erhielten, war eine würdige Wahl. Die Begegnung mit ihnen berührend. Die Gestaltung dieser Verleihung empfanden wir jedoch als nicht angemessen: wenig feierlich-würdige Atmosphäre, keine Musik, keine Blumen. Viele wichtige Worte, aber zu wenig mitfühlende Bewunderung aus den Reihen der Teilnehmenden für die unermesslichen Belastungen, die diese Menschen auf sich nehmen und ertragen. Im Saal herrschte viel Unruhe durch zahlreiche Seitengespräche. Es gab keine zeitliche Zäsur, die die Würde der Preisverleihung unterstrichen hätte. An dem schönen großen runden traditionellen Brot, das symbolisch gereicht wurde, knibbelte jede*r

einzelnd herum und verzog sich wieder. Und dann ging es atemlos gleich weiter mit der inhaltlichen Arbeit. Diese geschah zu einem großen Teil als Schlagabtausch und in Machtkampfhaltung. Die Ergebnisse der unzähligen Abstimmungen lassen keineswegs zu wünschen übrig. Aber die Art und wie diese großenteils zustande kamen, macht uns bis heute nachdenklich. Es gab so viele Parallelgespräche in den Sitzreihen, dass die eigentlichen RednerInnen nicht ohne große Anstrengung gehört werden konnten. Die Stimmen überschlugen sich beziehungsweise manche RednerInnen sprachen immer gereizter und gehetzter, was konzentriertes Zuhören sehr erschwerte. Der BundessprecherInnenkreis sowie alle anderen Verantwortlichen haben diesen Kongress sicherlich mit großem Einsatz und unter schlimmem Zeitdruck vorbereitet und mit beeindruckender Ausdauer, Toleranz und Ruhe durchgeführt. Dafür möchten wir uns bedanken und unseren Respekt ausdrücken!

Wir fragen uns, wie die Anzahl der Anträge an die zur Verfügung stehende Zeit angepasst werden könnte? Vielleicht braucht es einen größeren Zeitrahmen, um alles mit Bedacht bearbeiten zu

können? Und vielleicht sollten alle PazifistInnen einen Intensivkurs in Gewaltfreier Kommunikation besuchen, ehe sie aufeinandertreffen, um das selbst zu leben, was sie für den Rest der Welt beanspruchen: einen friedlichen Umgang miteinander.

In diesem Sinne anders und deswegen so wohltuend war der inspirierende Arbeitskreis zum Thema Friedenslogik. Aus unserer Sicht ist es das, was wir brauchen, gesamtgesellschaftlich und innerhalb der DFG-VK. Wie können wir für Gewaltfreiheit eintreten, wenn wir selbst nicht darum ringen? Wenn ein BuKo von Aggression geprägt ist? Wenn die Abschlussworte des Kongresses nicht angehört, sondern „zugequatscht“ werden und ein Großteil der beteiligten Menschen schon aufbricht? Unsere Sehnsucht wäre, Momente der Stille in so einen Kongress einzufügen. Mo-

mente, in denen wir uns darauf besinnen, was unser Grundanliegen ist und was uns verbindet! Nur mit einer entsprechenden Grundhaltung wird es möglich, Nuancen abzuwägen und Entscheidungen zu treffen, bei denen Herz und Hirn kraftvoll und engagiert zusammenwirken und wir auch nach außen durch eine pazifistische Haltung und Ausstrahlung Menschen beeindrucken und so auch überzeugen.

Wir hoffen, mit unserer Kritik einen konstruktiven Beitrag zu leisten, und grüßen Euch bis zum nächsten Mal!

Maria Buchholz und Sabine Schönberg-Ehlen
Ortsgruppe Aachen

Ein lebendiger Verband

Mein Eindruck vom Bundeskongress in Halle ist zunächst geprägt von der großen Zahl von bis zu 120 TeilnehmerInnen. Das zeugt von einem lebendigen Verband, der angesichts internationaler Spannung und Kriegspolitik sowie innerverbandlicher Differenzen bereit ist, zu diskutieren und um Positionen zu ringen. Dabei waren einige Diskussionen nicht einfach, oft fehlte der Wille, anderen Meinungen einfach mal zuzuhören. Das ging quer durch Altersgruppen und politische Standpunkte. Doch was für mich letztendlich bleibt, sind die deutlichen Aussagen für Kriegsdienstverweigerung und Desertion in und aus allen Ländern, die Absage an die Forderung nach Kriegstüchtigkeit und das Streben nach einer „pazifistischen Wende“. Dies schlug sich nieder in der Verabschiedung der Abschlussresolution und der noch nicht abgeschlossenen Debatte über das Positionspapier „Für eine pazifistische Wende“. Highlights waren sicherlich der Auftritt der drei

VertreterInnen der Antikriegsbewegungen aus Russland, der Ukraine und aus Belarus, sowohl als RednerInnen am Samstag als auch als PreisträgerInnen des Ludwig-Baumann-Preises am Freitag. Auch der Rückblick von Hans Decruppe auf 50 Jahre Vereinigung von DFG-IDK und VK gehörte dazu. Vor allem bei älteren Delegierten wurden Erinnerungen an eine Aufbruchstimmung mitten im Kalten Krieg wachgerufen und für jüngere – so sie dann zuhören wollten – waren es spannende Einblicke in die Geschichte des Verbandes. Bundeskongresse sind selten durch eine reine Wohlfühlatmosphäre geprägt. Immer muss neu daran erinnert werden, dass gegenseitiger Respekt notwendig ist, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Joachim Schramm
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Eine schwierige Gratwanderung

Ich blicke mit gemischten Gefühlen auf den Bundeskongress 2024 zurück. Einerseits ist es jedes Mal ein Gewinn, Bekannte wiederzutreffen und PazifistInnen aus unserem Verband neu kennenlernen zu können. Das Vorbereitungsteam hat uns mit großartiger ehrenamtlicher Leistung ein inspirierendes Wochenende mit zahlreich angereisten Mitgliedern ermöglicht. Auch gaben zwei mit großer Mehrheit beschlossene Initiativanträge Orientierung für die nächsten zwei Jahre. Ein Antrag verpflichtete den Bundesverband zur soliden Haushaltsführung. Und ein zweiter gab dem BSK auf, zukünftig konstruktiv mit anderen Friedensorganisationen zusammenzuarbeiten – eine Reaktion darauf, dass der BSK die bundesweite Demo am 3.10.2024 in Berlin öffentlich abgelehnt hatte, nachdem viele Gliederungen schon längst dazu aufgerufen hatten.

Und hier bleiben Fragen. Obwohl die Delegierten mit der Bündnisarbeit mehrheitlich nicht zufrieden waren, hat sich niemand anderes von uns zur Wahl gestellt. Die meisten nun gewählten BSK-Mitglieder standen bisher für die Trennung der Friedensbewegten in – salopp gesagt – „gute“ und „schlechte“; dies ist verschiedenen Aufrufen und Äußerungen zu entnehmen. Wenn die betreffenden BSK-Mitglieder ihre Überzeugungen behalten, steht dem Verband eine schwierige Gratwanderung bevor, denn die Mitglieder erwarten ein respektvolleres Miteinander und „Friedensverhandlungen in der Friedensbewegung“.

Stefanie Intveen
Ortsgruppe Köln

Ein BuKo wie eh und je

1. Ein BuKo wie eh und je: Pöbelnd, alt, voll auf Zinne und am Ende wird Israel dämonisiert. Die letzten vier Jahre waren Anomalie, in der DFG-VK herrschen wieder die alten Mehrheitsverhältnisse.
2. Der Bundeskongress war geprägt von Streit, Putin- und Kriegsapologie, Entsolidarisierung mit Kriegsdienstentziehern, Anfeindungen gegen die antimilitaristische Jugend und mündete schließlich in ein ressentimentgeladenes Finale, in dem ein Bekenntnis zur Rechtsoffenheit und zu Israelhass abgelegt wurde - eine Shitshow sondergleichen. Was bleibt, ist die Scham, Mitglied in einem Verein zu sein, in

dem Antisemitismus zur Normalität auch auf Bundesebene geworden ist.

3. Ich bin schon fast froh darüber, dass ich während des Bundeskongresses krank im Bett lag und mir dadurch erspart blieb, die antisemitischen und verbalen Entgleisungen der toxischen Friedensmänner hautnah erleben zu müssen. Doch letztendlich überwiegt das Schuldgefühl gegenüber den jungen Mitgliedern, die ich zur Teilnahme überredet habe, und die keine so gute Ausrede hatten wie ich.

Drei Stimmen aus dem LV Berlin/Brandenburg

Wahlen und Beschlüsse

Neben den stattfindenden Diskussionen zur politischen Lage in der Welt und den innerverbandlichen Entwicklungen in der DFG-VK standen beim Bundeskongress natürlich auch verschiedenste Wahlen und Beschlüsse auf dem Programm, bei denen die über 100 Delegierten über die zukünftige inhaltliche Ausrichtung der DFG-VK und die Besetzung verschiedenster Positionen in unserem Verband entscheiden mussten. Es wurden verschiedene Positionen neu besetzt und auch bekannte Gesichter in ihren Posten bestätigt. Bei den Hauptamtlichen wurden Michael Schulze von Glaßer in seiner Position als politischer Geschäftsführer und Elvin Çetin als Referentin und Verantwortliche für die Lobbyarbeit bestätigt. Für die Stelle des Referenten für Friedenspolitik stand Yannick Kiesel zur Wahl, der die Position bereits seit Dezember 2023 bekleidet. Neben dieser Position bewarb er sich ebenfalls auf die Stellen des Chefredakteurs der ZivilCourage und der Vertretung bei der War Resisters' International und wurde in alle Positionen gewählt. Neben den

hauptamtlichen VertreterInnen der DFG-VK wurde auch der ehrenamtlich fungierende BundessprecherInnenkreis gewählt. Dieser besteht nun aus Cornelia Mannewitz, Thomas Carl Schwoerer, Marius Pletsch, Ralf Buchterkirchen und Jürgen Grässlin. Dagegen verlässt den BundessprecherInnenkreis der langjährige Bundeskassierer Christoph Neeb. Ralf Buchterkirchen wurde als Nachfolger mit großer Mehrheit von den Delegierten bestimmt. Darüber hinaus wurden mit Stephan Brües der Vertreter beim Bund für Soziale Verteidigung, mit Jürgen Grässlin der Vertreter bei Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel, Marius Pletsch der Vertreter der Kampagne Campaign to Stop Killer Robots, Guido Grünwald als internationaler Sprecher, Michael Schulze von Glaßer als Vertreter im Deutschen Bündnis Kindersoldaten sowie Thomas Haschke als Geschäftsführer des Carl-von-Ossietzky-Fonds (wieder)gewählt.

Hier die Wahlergebnisse im Überblick:

BundessprecherInnenkreis und weitere Funktionen



BundessprecherInnenkreis

Cornelia Mannewitz
mannewitz@dfg-vk.de
LV Mecklenburg-Vorpommern

ja	nein	Enth.
69	23	16



BundessprecherInnenkreis

Marius Pletsch
pletsch@dfg-vk.de
LV Rheinland-Pfalz

ja	nein	Enth.
88	7	12



BundessprecherInnenkreis

Jürgen Grässlin
graesslin@dfg-vk.de
LV Baden-Württemberg

ja	nein	Enth.
99	6	3



BundessprecherInnenkreis

Thomas Carl Schwoerer
schwoerer@dfg-vk.de
LV Hessen

ja	nein	Enth.
90	8	10



Bundeskassierer

Ralf Buchterkirchen
buchterkirchen@dfg-vk.de
LV Ost

ja	nein	Enth.
93	7	8



Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
svg@dfg-vk.de
LV Hessen

ja	nein	Enth.
94	6	7



Referent für Friedenspolitik + Vertreter bei War Resisters' International

Yannick Kiesel
kiesel@dfg-vk.de
LV Berlin/Brandenburg

ja	nein	Enth.
97	8	3



Referentin für Lobbyarbeit

Elvin Çetin
cetin@dfg-vk.de
LV Berlin/Brandenburg

ja	nein	Enth.
82	12	14

Weitere Wahlergebnisse

BGB-Vorstand: Cornelia Mannewitz (67/20/8),
Thomas Carl Schwoerer (85/7/2)

Verantwortlicher Redakteur für die DFG-VK-Mitgliederzeitschrift: Yannick Kiesel (94/6/8)

Kassenprüfer: Ralf Fischer (100/1/7), Thomas Schild-Dona (100/3/5)

Internationaler Sprecher: Guido Grünewald (95/5/8)

Vertreter bei der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel: Jürgen Grässlin (98/4/6)

Vertreter beim Bund für Soziale Verteidigung: Stephan Brües (95/5/8)

Konfliktberatungskommission: Stefanie Intveen (82/15/11), Hedwig Sauer-Gürth (80/15/13), Michael Sünner (78/8/22)

(Ehrenamtlicher) Geschäftsführer des Carl-von-Ossietzky-Fonds der DFG-VK: Thomas Haschke (95/4/9)

Vertreter in der Campaign to Stop Killer Robots: Marius Pletsch (93/5/10)

Vertreter im Deutschen Bündnis Kindersoldaten: Michael Schulze von Glaßer (100/1/7)

Nach den Wahlen der verschiedenen haupt- und ehrenamtlichen Stellen wurde anschließend intensiv über die strukturelle und inhaltliche Ausrichtung der DFG-VK diskutiert und gestritten. Hierbei wurden verschiedenste Beschlüsse vom Bundeskongress gefasst. Die Arbeit an einem Positionspapier zur inhaltlichen Ausrichtung konnte aufgrund des Zeitverzugs nicht zu Ende gebracht werden und wurde somit an den Bundesausschuss verwiesen. Dafür wurde auf finanzieller Ebene entschieden, nur noch so viel auszugeben, wie der Verband einnimmt, was die zukünftige Entwicklung des Verbands auf lange Sicht stark beeinflussen wird. Bei den satzungsändernden Anträgen wurden verschiedene Themenbereiche tangiert. Zum einen wurde die Stimmberechtigung verschiedener Arbeitsgruppen bei den Ausschüssen bestimmt. Eine Trennung von politischem Geschäftsführer und

BundessprecherInnenkreis wurde abgelehnt. Allerdings wurde eine Begrenzung der Tätigkeit des politischen Geschäftsführers auf fünf Legislaturen, also 10 Jahre, beschlossen.

Bei den ordentlichen Anträgen wurden zwei Initiativanträge unter teils großen Diskussionen beschlossen. Es gab eine Mehrheit dafür, auf die Organisatoren des Veranstalterkreises „Nieder wieder Krieg“ zuzugehen und zu versuchen, eine Zusammenarbeit in Zukunft zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden in einem Beschluss die Gewaltakte des israelischen Geheimdienstes sowie der Hisbollah-Miliz und der iranischen Streitkräfte auf Israel verurteilt. Zusätzlich wurde die Abschlusserklärung abgestimmt, die ebenfalls im Anschluss an diesen Text zu lesen ist.



Foto: DFG-VK

BuKo 2024

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Abschlussklärung des 24. DFG-VK-Bundeskongresses im Oktober 2024 in Halle (Saale)

Vom 4. bis 6. Oktober 2024 haben sich in Halle (Saale) über einhundert Delegierte der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) bei ihrem 24. Bundeskongress mit aktuellen friedenspolitischen Themen befasst. Die PazifistInnen und AntimilitaristInnen beschlossen u.a. aktuelle Positionen zu Kriegsdienstverweigerung und Friedensfähigkeit.

Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht – weltweit!

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht: Wer sich dem Militär verweigert, darf nicht verfolgt oder mit sonstiger Repression belegt werden. Und wer doch verfolgt wird, muss dauerhaft Schutz und Asyl in Deutschland finden – das gilt für KriegsdienstverweigererInnen und DeserteurInnen aus Russland, Belarus, der Ukraine, Israel, Palästina oder sonst woher.

Als Zwangsdienste nach Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er-Jahre an Bedeutung verloren, waren wir froh. Nun fühlen wir uns in die damalige Zeit zurückversetzt: Statt sich frei entfalten zu können, werden in immer mehr Ländern junge Menschen wieder an die Waffe gezwungen. Die Reaktivierung einer Wehrpflicht in Deutschland würde nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern die im Gang befindliche Militarisierung nur weiter antreiben. Wer das Engagement der jungen Generation fördern will, würde mit einer Vergütung der Freiwilligendienste in Höhe eines Ausbildungsgehalts im öffentlichen Dienst wesentlich mehr erreichen. Wir unterstützen Menschen dabei, sich dem Militär zu verweigern – z.B. durch KDV-Beratung.

Nach wie vor halten wir an der Vision „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ fest – sie prangte 1981 gespritzt auf einem Bunker in Hamburg. Wenn sich immer mehr Menschen dem Töten und Sterben verweigern, kann auch kein Krieg geführt werden.

Militarisierung und Aufrüstung sind politisch falsch – immer!

Die regierende Politik – sowohl aufseiten der NATO als auch aufseiten Russlands – riskiert einen großen Krieg. Dabei könnten sogar Atomwaffen zum Einsatz kommen. Die angekündigte Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stellt eine brisante Eskalation dar – ebenso wie die von Russland angekündigten Aufstellungen neuer Raketen. Es wird weiter aufgerüstet – nur vermeintliche militärische Stärke zählt. Dies kann uns alle in den Abgrund reißen. Daher stellen wir uns dieser Politik entgegen! Wir wollen kein Geld für Rüstung verschwenden. Zumal der Ausbau der Rüstungsindustrie eine Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes und immer größere Abhängigkeiten von diesem bedeutet.

Auch der Militarisierung der Bildung stellen wir uns entgegen: Bildung muss der Menschheit dienen und nicht ihrer Vernichtung. Schulen – auch Hochschulen – müssen ein „safe space“ vor dem Militär sein, Kreativität und Menschlichkeit gedeihen nicht über Befehl und Gehorsam. Die Aufhetzung junger Menschen gegeneinander und ihre Ertüchtigung für den Dienst im Militär machen uns Sorgen. Jugendliche und Kinder, die für Krieg, Aufrüstung und Militär begeistert wurden, entwickeln nicht die notwendigen Fähigkeiten für die Lösungen der zukünftigen Aufgaben der Welt.

Wir alle sind von der Militarisierung betroffen: Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der gerade in die Aufrüstung fließt, fehlt bei der Bekämpfung globaler Menschheitsprobleme wie der Klimakatastrophe,

Pandemien oder zunehmender Armut. Militär hat auf all dies keine Antworten, trägt nicht zu Lösungen bei und verschärft die Probleme. Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich zugunsten der Aufrüstung der Bundeswehr führen zu mehr Konflikten und Unfrieden in der Gesellschaft.

Mit Nationalismus ist kein Frieden zu machen – nirgends!

Der politische Rechtsruck in Europa ist real. In Deutschland konnte die rechtsextreme „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den vergangenen Jahren massiv an Zuspruch gewinnen. Wir unterstreichen den Beschluss unseres 22. Bundeskongresses in Frankfurt am Main 2019: Eine Mitgliedschaft in unserem Verband ist mit einer in der AfD nicht vereinbar. Die politische Rechte steht für Nationalismus, Militarismus und Menschenfeindlichkeit. Frieden ist mit ihr nicht zu machen.

Wozu Rechtsextremismus und Antisemitismus führt, wurde in Halle, dem Ort unseres 24. Bundeskongresses, am 9. Oktober 2019 schmerzlich deutlich: Ein Rechtsextremist versuchte an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, einen Massenmord an Jüdinnen und Juden. Er versuchte mit Waffengewalt in eine Synagoge einzudringen, was aufgrund passiver Schutzmaßnahmen glücklicherweise nicht gelang. Dennoch ermordete der Täter die Passantin Jana L. sowie Kevin Schwarze, Gast eines Imbisses. Wir gedenken der Opfer dieses – wie auch jedes anderen – antisemitischen und rassistischen Anschlags. Antisemitismus und Rassismus sind jedoch in vielen gesellschaftlichen Bereichen virulent.

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Als Organisation des politischen Pazifismus verurteilen wir jede Gewalt: Das Ziel der Menschheit muss eine Welt ohne Krieg und Gewalt sein. Auch wenn sich die Welt in den letzten Jahren eher von diesem Ziel entfernt hat, dürfen wir diese Vision nie aus dem Blick verlieren. Egal, ob im russischen Angriffskrieg in der Ukraine oder anderswo auf der Welt: Nur Verhandlungen werden die Waffen zum Schweigen bringen können. Mit Blick auf die auf die eskalierende Lage im Nahen Osten fordern wir die dortigen Konfliktparteien zum Waffenstillstand auf.

Diplomatie muss wieder einen höheren Stellenwert bekommen – auch wenn dies in der aktuellen Zeit nicht einfach ist. Langfristig werden nur internationale Abrüstungsverträge mehr Sicherheit für alle bringen können. Daher muss der aktuell von vielen Staaten – auch von Deutschland – beschrittene politische Konfrontationskurs der Unterstützung von Krieg durch Waffenlieferung und Finanzierung von Kriegsparteien dringend geändert werden: Statt die Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen, braucht es eine Zeitenwende hin zur Friedensfähigkeit. Wir setzen uns für mehr zivile Konfliktbearbeitung ein. Außerdem müssen mehr finanzielle Mittel zur Entwicklung Sozialer Verteidigung fließen. Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Entsprechend unserer Grundsatzklärung sind wir daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten!

Abschlussklärung des 24. Bundeskongresses der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Halle (Saale), 5. Oktober 2024



„Niemals gegen das Gewissen“

Verleihung des Ludwig-Baumann-Preises 2024

Auf dem Bundeskongress der DFG-VK in Halle wurde viel und laut gestritten. Immer ging es um Wörter oder Formulierungen, die die jeweiligen Positionen der Delegierten zu den politischen Brennpunkten am treffendsten zum Ausdruck bringen sollten. Worum es uns Friedensaktivisten im Kern und jenseits der Wörter geht, verkörperte indes inmitten der vielen MeinungsbeiträgerInnen niemand beeindruckender und würdiger als die Gäste der Gesellschaft: die PreisträgerInnen des diesjährigen Ludwig-Baumann-Preises.

Ausgezeichnet wurden die Bewegung der russischen Kriegsdienstverweigerer, die belarussische Menschenrechtsorganisation „Nash Dom“ sowie die Ukrainische Pazifistische Bewegung. Deren Sekretär Yuri Sheliashenko, der das Land wie alle wehrfähigen Männer nicht verlassen darf, drohen in der Ukraine fünf Jahre Haft, weil er sich in einem pazifistischen Appell an den ukrainischen Präsidenten gewandt hat. Ungebrochen und mit unglaublicher Ruhe formuliert er die Überzeugung aller Pazifisten: „Einberufung zur Armee, militärische Sklaverei und Vorbereitung auf den Krieg von Jugend an widerspricht den Werten des Friedens und der Gewaltlosigkeit

radikal“, sagt er per Videobotschaft zu den Delegierten. Yuriis Credo könnte auch von Ludwig Baumann (1921 – 2018) sein: „Krieg zu führen, das heißt, Massenmord zu verüben.“

Der russische Militärgegner Timofey Vaskin, Koordinator der in Halle geehrten russischen Bewegung der Kriegsdienstverweigerer, welche trotz staatlicher Verfolgung jungen Menschen hilft, dem Armeedienst zu entkommen, benennt den Mangel an Ressourcen als eklatantes Problem von Menschenrechtsorganisationen in seinem Land. „Spendensammlungen innerhalb des Landes haben die russischen Machthaber kriminalisiert“, sagt Timofey.

Die dritte Preisträgerin ist die belarussische Pazifistin Olga Karach, die für ihren Einsatz für Demokratie, Partizipation und Menschenrechte sowie gegen die belarussische Unterstützung des Ukrainekriegs in Abwesenheit unter anderem zu zwölf Jahren Haft und einer hohen Geldstrafe verurteilt worden ist. Olga leitet die belarussische Bürgerrechts-NGO „Nash Dom“ („Unser Haus“) und lebt in Vilnius (Litauen).

Marcus Angebauer

Ludwig-Baumann-PreisträgerInnen

Auszüge aus den Reden

Olga Karach

(Nash Dom)

(...) Ich begann, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren zu helfen, als der Krieg in der Ukraine begann. Ich sah, wie sie unter Verfolgung litten, wie ihr Leben in Gefahr war und wie schwierig es für sie war, zu fliehen und sich zu verstecken. Jeder von ihnen hat seine eigene Geschichte, seine Träume und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft ohne Krieg. Meine Aufgabe ist es, ihnen zu helfen, diese Hoffnung zu bewahren, sie zu unterstützen und einen sicheren Weg zur Freiheit zu gewährleisten. Gemeinsam bauen wir ein Unterstützungsnetzwerk für belarussische, russische und ukrainische Kriegsdienstverweigerer auf, das trotz Repression und Druck den Menschen hilft, Lösungen und Möglichkeiten zu finden, um ohne Krieg zu leben.

Ich möchte auch besonderen Dank an die Deutsche Friedensgesellschaft aussprechen. Diese Organisation spielt eine unschätzbare Rolle bei der Unterstützung von Frieden und Menschenrechten weltweit. Die DFG-VK beteiligt sich nicht nur aktiv im Kampf gegen den Krieg, sondern fördert auch den Dialog, der es den Menschen ermöglicht, sich gegenseitig zu verstehen, Kompromisse zu finden und Pläne für ein friedliches Zusammenleben zu schmieden. Angesichts wachsender Kriege, Gewalt und Konflikte wird die Arbeit von Organisationen wie der DFG-VK besonders wichtig. Es ist mir eine große Ehre, diesen Preis von ihnen zu erhalten, da ich ihr Engagement für die Ideale von Frieden und Gerechtigkeit sehr schätze. (...)

Timofey Vaskin

(Bewegung der Kriegsdienstverweigerer)

(...) Im Juni 2023 hat das Justizministerium Russlands die „Bewegung der Kriegsdienstverweigerer“ als ausländischen Agenten eingestuft. Die Behörden erklärten geradeheraus, dass der Grund für diese Entscheidung unsere Position zur Invasion Russlands in die Ukraine gewesen sei. Die Gesetzgebung in Bezug auf die ausländischen Agenten wird regelmäßig verschärft. Die Zahl der Beschränkungen und Verbote ist so hoch, dass normale Bürger und andere Organisationen jeden öffentlichen Kontakt zu den „ausländischen Agenten“ vermeiden. Zum Beispiel wagen unsere Anhänger nicht, uns von russischen Bankkonten aus Geld zu spenden. Regionale und kommunale Medien vermeiden es, über unsere Tätigkeit zu berichten. Sie sind nicht bereit, über Rechtsmittel zum Schutz gegen die Mobilisierung zu informieren. Sie sind gezwungen, jeden Kontakt zu uns zu vermeiden.

Der Stempel „ausländischer Agent“ ist nicht nur ein Stigma; er bedeutet auch Verantwortung. Kürzlich wurde eine der Gründerinnen der Bewegung der

Kriegsdienstverweigerer für eine Verletzung des Gesetzes über die ausländischen Agenten mit einer Geldstrafe von 200 Euro belegt. Für eine mehrmalige Verletzung des Gesetzes ist Strafverfolgung vorgesehen.

Alle diese Herausforderungen zwingen uns, mehr Kraft für die Sicherheit der Mitglieder der „Bewegung“ aufzuwenden und uns neue Methoden für die Verbreitung unserer Informationen und neue Möglichkeiten für das Sammeln von Spenden zu überlegen. Ein großer Teil unserer Aktiven ist gezwungen, außerhalb Russlands zu leben, um überhaupt arbeiten zu können.

Trotz aller Repressionen vonseiten des Staates arbeiten wir weiter. Wir kämpfen weiter für das Recht der Kriegsdienstverweigerung. Wir kämpfen weiter für den Frieden. (...)

Yurii Sheliazhenko

(Ukrainische Pazifistische Bewegung)

(...) Für uns in der Ukraine ist es noch weit bis zu dem Niveau der Kultur des Friedens und einer gewissen Immunität gegenüber dem Militarismus, das das deutsche Volk erreicht hat, indem es sich von der Krankheit des Hitlerismus heilte. Ich träume von Denkmälern für Kriegsdienstverweigerer, die zur Zeit des Stalinregimes Repressionen unterworfen und deportiert wurden. Aber heute ist das drängendere Problem, grundsätzlich das Existenzrecht des Pazifismus in der Ukraine zu verteidigen, denn mir drohen fünf Jahre Gefängnis für einen pazifistischen Appell an Präsident Selenskyj und unser Justizministerium hat die Liquidierung und Auflösung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung eingeleitet. In diesen Rechtsverfahren sind den Gerichten sehr gut begründete Einwände vorgelegt worden. Ich hoffe auf Gerechtigkeit. Ich hoffe, wir haben einen bedeutsamen Weg vor uns, an dessen Ende die Normalität pazifistischer Ansichten in einer demokratischen Gesellschaft, keine weitere Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern, die juristische Erneuerung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, das heute in der Ukraine nicht anerkannt ist, und ein weiterer Ausbau der Friedensbewegung stehen werden.

In Deutschland hat Baumann zusammen mit Gleichgesinnten erreicht, dass Pazifismus als legal anerkannt ist. Wir in der Ukraine müssen noch dafür kämpfen. Ich nutze die Gelegenheit, der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Connection e.V., der DFG-VK und allen deutschen Aktivisten der Friedensbewegung für ihre Unterstützung und ihre Solidarität zu danken. (...)

Teil von etwas Größerem sein

Belarus wird von einem Autokraten regiert, der derzeit seine Wiederwahl Anfang 2025 mit massiven Verhaftungen gegen oppositionelle Menschen und deren Angehörige vorbereitet. Die Organisation „Unser Haus“ (Nash Dom) setzt sich für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Belarus ein, insbesondere für die Unterstützung junger Menschen, die vor dem Militär fliehen. Aus ihrem litauischen Exil in Vilnius gewährt uns die Preisträgerin des Ludwig-Baumann-Preises Olga Karach (45), Journalistin und Leiterin von Nash Dom, aufrüttelnde Einblicke, was ziviles Widerstehen unter existenzieller Bedrohung bedeutet – und wie existenziell wichtig Widerstand gegen Militarismus in jeglicher Form für uns alle ist.

Olga, was sind in diesen Tagen Ihre ersten Gedanken am Morgen?

Ich wache jeden Morgen mit gemischten Gefühlen auf. Normalerweise sind die ersten Gedanken, die mir in den Sinn kommen, wie viel ich heute noch zu erledigen habe und wie viel ich gestern nicht geschafft habe. Da ist dieses ständige Gefühl der inneren Unzufriedenheit. Das beunruhigt mich sehr. Besonders jetzt, wo auch die Nachrichten immer besorgniserregender werden, verspüre ich den Drang, mehr zu tun, mehr zu erreichen, meine Zeit effektiver zu managen. Leider stoße ich mit meinen 45 Jahren an die Grenzen, die uns unser Körper setzt. Aber es gibt auch ein zweites Gefühl, mit dem ich morgens aufwache: Dankbarkeit. Ich bin sehr dankbar gegenüber meiner Familie, meinen KollegInnen, meinen FreundInnen, gegenüber allen, die mich unterstützen. Mir ist klar, dass ich ohne sie nicht überlebt hätte.

Ich stelle mir vor, dass Sie im litauischen Exil in ständiger Angst vor Abschiebung leben. Und dennoch versuchen Sie, so aktiv wie möglich zu sein. Können Sie ihre persönliche Situation schildern?

Was eine mögliche Abschiebung betrifft, so kann ich nicht sagen, dass ich in dieser Angst lebe. Es ist sicherlich ein Risiko, dem man sich als Menschenrechtsverteidigerin stellen muss, aber leider gewöhnt man sich daran. Ständiger Druck ist ein fester Bestandteil dieser Arbeit. Wenn man Rechte verteidigt, bedeutet das unweigerlich, dass es diejenigen gibt, die diese Rechte verletzen. Und in diesem Fall ist es leider nicht nur das belarussische Regime, sondern auch die litauische Regierung. Insbesondere das Migrationsamt und das Amt für nationale Sicherheit Litauens. Die Leute in diesen Behörden verletzen auch die Rechte der BelarussInnen, und das ist bereits Teil der staatlichen Politik geworden.

Für mich ist das Schmerzlichste an dieser Situation vielleicht nicht einmal die Möglichkeit einer Abschiebung oder etwas anderes, das mir widerfährt. Was mich viel mehr schmerzt, ist, dass meine Angehörigen unter Druck gesetzt wurden. Sie begannen, Druck auf meinen Mann auszuüben. (...)

Im Kern geht um etliche Fakten: um dokumentierte Beweise zu der Diskriminierung von BelarussInnen in Litauen, zu Verstößen gegen europäische Konventionen. Dies betrifft auch belarussische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, die besonders gefährdet sind, vor allem, wenn man bedenkt, dass Belarus jederzeit in ei-

nen militärischen Konflikt mit der Ukraine hineingezogen werden könnte. Niemand kann garantieren, dass die belarussische Armee nicht in die Ukraine einmarschiert, wenn es den Interessen von Putin oder Lukaschenko dient. Das bedeutet, dass diese Menschen dringend eines besonderen Schutzes bedürfen.

Ihre Erfahrungen werfen kein gutes Licht auf die Einhaltung von Menschenrechten in Litauen ...

Die Abschiebung von BelarussInnen zurück nach Belarus ist im Grunde ein Verrat. Litauen nimmt diese Menschen auf, schickt sie zurück nach Belarus und niemand weiß, was danach mit ihnen geschieht. Wir wissen nicht, ob sie verhaftet werden, im Gefängnis sitzen oder gefoltert werden; es fehlen Informationen und das ist wirklich entsetzlich. Wir müssen diese Menschen schützen, ihnen helfen, nicht in diesen Krieg hineingezogen zu werden, und sie davor bewahren, Teil der verbrecherischen Aggression Putins zu werden.

(...) Für mich spielt es keine Rolle mehr, was Litauen, Russland oder das belarussische Regime tut; im Grunde fühlt sich das alles gleich an. Es handelt sich um militarisierte staatliche Systeme, die nicht helfen, sondern im Gegenteil darauf abzielen, jede Form von zivilem Aktivismus zu zerstören. Sie weigern sich, die Menschenrechte der BelarussInnen anzuerkennen. Wie kann man in einer solchen Situation seinen Verstand bewahren, das Vertrauen in andere aufrechterhalten und vermeiden, in Paranoia zu verfallen? (...)

Kann die Organisation „Unser Haus“ denn in Ihrer Heimat weiterarbeiten?

Wir haben immer noch Mitglieder unserer Organisation, die in Belarus bleiben und weiterhin viel tun. Natürlich geschieht dies auf einer extrem unsichtbaren Ebene. Wir können nicht öffentlich darüber sprechen oder diese Aktionen zur Schau stellen, weil der Druck auf „Unser Haus“ immens ist. Ich kann getrost sagen, dass unsere Organisation heute wahrscheinlich die am stärksten unterdrückte in Belarus ist. Das Regime fürchtet uns und es ist seltsam, aber ich denke oft, dass das belarussische Regime viel mehr an uns und unsere Stärke glaubt als wir selbst. Der Druck, den wir von allen Seiten spüren, ist so groß, dass ich manchmal denke: Wir sind eigentlich stärker, als wir meinen. Immerhin haben wir unter diesem Druck überlebt, arbeiten weiter und wachsen. Es ist wirklich erstaunlich und die-

se Angst, die das belarussische Regime vor uns, den belarussischen Frauen, hat, inspiriert uns. (...)

Woher nehmen Sie die Kraft für Ihre Arbeit und Ihren Widerstand?

Wissen Sie, das mag etwas trocken und vielleicht zu pompös klingen, aber leider ist es die Erkenntnis, dass sich das Leben für viele Menschen sehr verschlechtern wird, wenn wir unsere Arbeit einstellen, und das lässt mich jeden Tag aufstehen und meinen Kampf fortsetzen. Das sind keine leeren, großspurigen Worte – das ist die Realität, in der wir leben. Die Menschen hier sind in einer sehr schwierigen Situation. Manchmal bin ich so müde, dass ich das Gefühl habe, auszubrennen, dass ich keine Kraft mehr habe, irgendetwas zu tun. Manchmal habe ich nicht die Kraft, aufzustehen, und wie jeder normale Mensch leide ich unter Depressionen, Verzweiflung und schweren Gedanken und Gefühlen. (...) Aber trotz alledem weiß ich mit Sicherheit, dass unsere Arbeit gebraucht wird, dass wir von den Menschen gebraucht werden. Ich sehe das jeden Tag. Ich sehe es in den Augen derer, die sich an uns wenden und um Hilfe bitten. Ich sehe es in den müden, erschöpften Gesichtern derer, denen wir helfen. Ich sehe es, wenn die Menschen uns umarmen, uns danken und anfangen zu weinen. Vielleicht inspiriert es nicht im traditionellen Sinne, aber es gibt mir ein klares Verständnis: Wir alle müssen den Krieg sofort beenden! Egal, wie schwer es ist, wir müssen weitermachen. (...)

Olga, Sie sind selbst Mutter. Was wünschen Sie sich für die jüngere Generation? Was für Ihre Kinder?

Ich bin zutiefst besorgt und traurig über die Tatsache, dass die Wehrpflicht in vielen Ländern wieder eingeführt wird. In Litauen ist sie bereits zurückgekehrt, die Wehrpflicht besteht seit einem Jahr. Ich weiß, dass in Deutschland, Italien und anderen Ländern ähnliche Diskussionen geführt werden, was besorgniserregend ist. Ich würde mir aufrichtig wünschen, dass die junge Generation ohne Waffen in der Hand aufwächst, ohne etwas über Krieg lernen zu müssen, verstehen Sie? Als Kind besuchte ich eine sowjetische Schule und wir hatten obligatorischen Militärunterricht, die so genannte militärische Grundausbildung. Von der 5. bis zur 6. Klasse wurde uns das Kämpfen beigebracht: Wir trugen Gasmasken und spielten ein Spiel namens „Zarnitsa“ (russisch Зарница, in etwa „Wetterleuchten“), bei dem eine Seite versuchte, die feindliche Armee zu finden und zu vernichten. Wir lernten, Kinder zu fangen, die die Rolle der feindlichen Armee spielten. Uns wurde auch buchstäblich das Schießen beigebracht: Im Unterricht bauten wir Kalaschnikow-Sturmgewehre zusammen und zerlegten sie. Im Keller unserer Schule gab es einen riesigen Schießstand, auf dem wir das Schießen übten. Keiner von uns, geschweige denn unsere Eltern, hielt das für schlimm. Wir wussten nicht, was es bedeutet, Kindern das Töten beizubringen. Das wurde mir erst später klar, als ich Teil der Friedensbewegung wurde. (...) Und das ist es, was ich der jungen Generation wünsche: dass sie all das nie lernt und ihr auch nicht gedroht wird, so etwas lernen zu müssen.

Kein einziger Mensch aus dieser Generation soll jemals gezwungen sein, Soldat zu werden, zu den Waffen zu greifen und sich am Krieg zu beteiligen. Ich wünsche mir, dass wir uns alle gemeinsam dafür einsetzen, dass der Soldatenberuf nur noch ein Teil der Geschichte ist, ein verbleichendes Phänomen, das der Vergangenheit angehört.

Verschiedene Organisationen machen anlässlich des Tags der Menschenrechte auf die prekäre Lage von asylsuchenden Deserteuren und Kriegsdienstgegnern aufmerksam. Was ist aus Ihrer Sicht zu tun?

(...)

Um die Rechte von belarussischen Verweigerern und Deserteuren zu schützen, brauchen wir unbedingt Unterstützung in Form von Petitionsunterschriften und internationalem Druck. Wir brauchen dringend die Hilfe von Menschen, die solche Petitionen verfassen und vorbereiten und sie verteilen können. (...)

Es ist sehr wichtig, dass sich die Informationen verbreiten, denn wir müssen heute darüber sprechen, dass es überall eine riesige militaristische Propaganda gibt, und zwar in sämtlichen Medien. Es gibt nicht nur Zensur in den russischen und belarussischen Staatsmedien, sondern generell ist es so toxisch geworden, über Frieden und Friedensinitiativen zu sprechen, dass wir uns nur darauf verlassen können, dass die Informationen über soziale Netzwerke von Freund*in zu Freund*in weitergegeben werden. Und deshalb appellieren wir auch an Sie, unsere Materialien zu übernehmen und so weit wie möglich zu verbreiten.

Was ist mit Ihnen, Olga? Wie können wir Sie unterstützen?

Ohne die Unterstützung von Organisationen wie der deutschen Friedensbewegung und anderen internationalen Partnern hätten viele BelarussinInnen, darunter auch ich und mein Mann, für lange Zeit in Belarus inhaftiert werden können. Und ja, es gilt mehr denn je: Nur die internationale Aufmerksamkeit bewahrt auch mich vor einer Abschiebung nach Belarus und dortigem Gefängnis. Es gibt eine sehr aktive Solidaritätskampagne (in sozialen Netzwerken zu finden unter #protection4Olga). Ich bin allen sehr dankbar, die sich daran beteiligen. Sie schreiben Briefe, sie wenden sich an das deutsche Außenministerium, sie appellieren an die litauische Botschaft, sie beschäftigen die deutschen Botschaften, sie sprechen ihre Abgeordneten an, sie machen Mahnwachen vor den belarussischen und litauischen Botschaften. Dank dieser Aktivitäten bin ich immer noch frei.

Die Fragen stellte Marcus Angebauer

Dies ist eine Kurzversion des Interviews. Das Interview in voller Länge findet ihr auf: www.dfg-vk.de/Olga-Karach

Neue Broschüre: Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung

Sie finde das Thema „Frieden“ sehr wichtig, konnotiere die „Friedensbewegung“ mittlerweile aber mit „Rechts“ und engagiere sich deshalb nicht in einer Friedensgruppe. Das sagte eine junge Frau nach einer Veranstaltung meiner DFG-VK-Ortsgruppe in Kassel. Auch wenn ihre Worte schon einige Jahre her sind, habe ich sie noch immer in Erinnerung. Auch, weil ich solche Aussagen immer wieder von jungen Menschen höre. Sie sind ernstzunehmende Warnungen – denn Organisationen wie die DFG-VK sterben aus, wenn sich langfristig keine jungen Menschen in ihnen engagieren.

Tatsächlich findet seit Jahren ein Kampf um die Deutungshoheit des Begriffs „Frieden“ statt. So hat etwa der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, der bekannte Rechtsextremist Björn Höcke, am 27. April 2022 mit Bezug auf den Ukrainekrieg die Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ in Sozialen Medien gepostet. Bei den „Stopp-Ramstein“-Demonstrationen gegen die US-Luftwaffenbasis in Rheinland-Pfalz sind schon Menschen aus dem ReichsbürgerInnen-Spektrum mitgelaufen und auf dem dazugehörigen Camp wurden Verschwörungsmythen zur Corona-Pandemie verbreitet. Und Sahara Wagenknecht, deren Friedenspositionen sich in vielen Teilen mit denen unseres Verbands decken, vertritt in sozialen Fragen mittlerweile eine nationalistische Politik und dämonisiert Geflüchtete. Der Deutungskampf um „Frieden“ ist schwer zu überblicken.

Welche AkteurInnen versuchen unter dem Deckmantel von „Friedensdemonstrationen“ eigentlich nur, nationalistische Politik zu verbreiten? Wie anfällig sind Teile der Friedensbewegung für rechte und verschwörungsideologische Einflüsse? Und welche „Querfronten für den Frieden“ gibt es? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der von uns gemeinsam mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) und Attac Deutschland herausgegebenen neuen Broschüre „Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung“. Autor ist Lucius Teidelbaum, der als freier Journalist und Publizist unter anderem schon Texte für die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen erstellt hat.

In seiner Analyse beschreibt Teidelbaum, dass die Friedensbewegung nicht als einheitliche Gruppe zu verstehen ist, sondern als ein Netzwerk unterschiedlicher Strömungen. Er beleuchtet dabei das Auftreten und die Strategien rechter und verschwörungsideologischer AkteurInnen wie beispielsweise des COMPACT-Magazins, Ken Jepsens oder der Partei „Die Basis“, die versuchen, gezielt Einfluss auf friedenspolitische Demonstrationen zu nehmen.

Der Autor teilt die gegenwärtigen Friedensdemonstrationen dabei in vier Gruppen ein:

1. die extreme Rechte, die Kriege nur ablehnt, wenn diese nicht im „nationalen Interesse Deutschlands“ stehen
2. rechte und verschwörungsideologische Strömungen, die ihren Ursprung in den Montagsmahnwachen von 2014 und bei den Pandemie-LeugnerInnen haben
3. die rechts-offene traditionelle Friedensbewegung, die sich aus strategischen Gründen nach rechts öffnet
4. die antifaschistische traditionelle Friedensbewegung, die sich klar von rechten und rechts-offenen Gruppierungen abgrenzt.

Die 26-seitige Broschüre bietet zudem Handlungsempfehlungen für antifaschistisch eingestellte FriedensaktivistInnen und geht der Frage nach, welche „inhaltlichen Einfallstore“ für rechte AkteurInnen bestehen und wie eine klare Abgrenzung möglich ist.

Die Veröffentlichung sorgte bereits für Kontroversen: Einigen KommentatorInnen gefällt die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Bewegung nicht. Teilweise wurde sogar geleugnet, dass es überhaupt rechte Einflussversuche gibt. Dabei können Organisationen wie die unsere durch Selbstreflexion nur besser und attraktiver für die Menschen – vor allem auch für junge Menschen – werden. Warum ist die Friedensbewegung denn so überaltert? Warum gehen junge Erwachsene denn zu Klimademos und – trotz Krieg und Aufrüstung – nicht zu Friedensaktionen? Die finanziell von unserer Bertha-von-Suttner-Stiftung geförderte neue Broschüre kann helfen, dies zu verstehen. Sie ist in unserem Shop (www.shop.dfg-vk.de) bestellbar und dort auch als PDF abrufbar.

Michael Schulze von Glaßer



Rechtsoffenheit in der Friedensbewegung

Ein Riss geht durch die Bewegung und macht auch nicht vor der DFG-VK halt. Es geht um die Frage, ob und wie weit man sich nach rechts öffnen soll. Bündnisse sind daran zerbrochen, Akteure stehen einander unversöhnlich gegenüber. Einzelne Worte dürfen in der Debatte nicht mehr genannt werden. „Rechtsoffen“, so die einen, sei kein im Duden vorkommender Begriff. So belehren sie die Gegenseite, der sie „Ausschließeritis“ vorwerfen.

Der Landesverband NRW hatte die Problematik aufgegriffen und mit einem externen Referenten (Gerhard Hanloser) auf der Landeskonferenz Ende April diskutiert. Der zeitliche Rahmen auf der LaKo konnte dem Diskussionsbedarf nicht annähernd genügen und so wurde ein Aktiventreff beschlossen mit dem einzigen Diskussionspunkt „Friedensbewegung von rechts?“.

Zwischenzeitlich hatte der DFG-VK-Bundesverband zusammen mit anderen bei Lucius Teidelbaum eine Betrachtung in Auftrag gegeben, die an anderer Stelle hier rezensiert wird und mittlerweile auch von diversen anderen massivst angefeindet wurde, weil sie den Finger in die Wunde gelegt hat.

Mitte November kam es zum verabredeten NRW-Aktiventreff. Uwe Hiks, aktiv im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands und externer Referent des Nachmittags, machte gleich zu Beginn deutlich, dass er kein Patentrecht geben könne, wo eine Grenze der Zusammenarbeit zu ziehen ist mit Organisationen, die mit Rechtsaußen keine Probleme haben.

Hiks erinnerte an die Großdemo im Bonner Hofgarten zu Beginn der 80er-Jahre. Dort gab es zahlreiche Beteiligte, die dem völkischen Flügel zuzurechnen waren und deren „Ami go home“ schon damals bedenklich wirkte. Auch bei Gründung der Partei Die Grünen gab es eine Gemengelage zwischen K-Gruppen und Personen wie Baldur Springmann und ähnlichen völkischen Akteuren. Das führte später zu einer Abspaltung der ÖDP. Eine klare linke Linie, wie sie danach über viele Jahre (bis etwa zum Biele-

felder Kriegsparteitag Ende der 90er-Jahre) selbstverständlich schien, war anfangs noch nicht vorhanden.

Was mag der Grund sein, warum das Rechtsaußen-Spektrum ausgerechnet jetzt friedenspolitisches Handeln für sich entdeckt hat? Und wie ist seine Kernmotivation? Kann / darf es Schnittstellen geben mit emanzipatorischen antirassistischen Akteuren? Ist es ein Mangel an Selbstbewusstsein bei linken FriedensaktivistInnen, wenn diese im Zweifel die Demo den Freunden der AfD überlassen?

Wenn eine Russland-Freundschaft angestrebt wird aus dem einzigen Grund, dass der Feind des Feindes USA notwendigerweise Freund sein soll, dann ist das plumper Antiamerikanismus und lässt beispielsweise die Queerfeindlichkeit der russischen Gesellschaft sträflich außer Acht. Wenn die Mitgliedschaft in der NATO wegen vermeintlicher Fremdbestimmtheit abgelehnt wird und nicht das Militärbündnis NATO als Ganzes, dann ist Distanz geboten. Die Ablehnung „westlicher Werte“ als Grundlage der Kritik an der staatlichen Bündnispolitik Deutschlands ist bedenklich. Völkische, antiaufklärerische und rückwärtsgewandte Kultur wird im Windschatten dieser rechtsaußen „Friedensbewegten“ erkennbar sein.

Wichtig wird sein, auf einem antifaschistischen Konsens zu bestehen, Personen und Gruppen, die als Türöffner für Rechtsaußen-Akteure dienen, aus den Koordinierungskreisen herauszuhalten und sie schon gar nicht in den Organisationsbereich zu integrieren. Vor der Teilnahme einzelner rechter Mitdemonstrierender braucht sich dann niemand zu fürchten. Sie werden weder die Außendarstellung einer antimilitaristischen Demo dominieren noch wirklich in der Lage sein, Teilnehmende aus der bürgerlichen Mitte zu vergraulen.

Felix Oekentorp ist Landessprecher der DFG-VK NRW und aktiv in der bundesweiten AG Antifa.

Wo Trumpismus auf EUropa schleichend wirkt

Kommentar zur US-Präsidentenwahl

Es sind gerade die weniger schlagzeilenkräftigen Tendenzen, die einen Eindruck davon geben, welche Auswirkungen eine zweite Amtszeit von Donald Trump langfristig auf Friedensfragen auch in Europa haben wird.

An anderer Stelle ist schon viel Richtiges und Wichtiges zu den direkten friedenspolitischen Folgen von Trumps Wiederwahl geschrieben worden, dies muss nicht alles wiederholt werden. So hat beispielsweise Simon Bödecker für „Ohne Rüstung Leben“ die großen Linien skizziert, die sich aus dem „Masterplan“ des sogenannten „Project 2025“ ersehen lassen. Atomare Aufrüstung und Atompolitik bis hin zum Bruch des Teststopp-Vertrags oder gar des Nichtverbreitungsvertrags, massiver Fokus auf Systemkampf gegen China inklusive der fortschreitenden Militarisierung des Pazifiks, seine auf Druck beruhende Zwangspolitik der Militarisierung für Europa durch angedrohten Truppenabzug, die Konsequenzen seines absehbaren Isolationismus für den Multilateralismus und so weiter (siehe: <https://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/donald-trump-wird-us-praesident-project-2025-frieden-ukraine-atomwaffen-ruestungskontrolle-666.html>). Katastrophal allemal.

„Parasitärer Pazifismus“ als Kampfvokabel des post-hegemonialen Militarismus

Mir geht es aber um die anderen Folgen – die, die schleichend kommen werden und vor allem mit der hiesigen Politik zu tun haben und weniger mit Trump: die neuen Denkbarkeiten, die entfachte „strategische-Autonomie“-Debatte, die entfesselten Autoritäten, die neu begründete Legitimität des Backlash.

Beispiel für die neuen Denkbarkeiten: Aus dem angedrohten Bruch der NATO entsteht in Europa eine „Panik“ in transatlantischen Sicherheitspolitik-Kreisen, den möglicherweise „fehlenden“ US-Support durch eigene Systeme ersetzen zu „müssen“. Das mag ein Anlass für die Entschei-

dung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen gewesen sein. Es stachelt aber auch dazu an, dass lautstark aus einigen Think Tanks geunkelt wird, „wir“ bauten unsere Sicherheit ohnehin nur auf einem „parasitären Pazifismus“ auf, einem eben, der sich nur so lange aufrecht erhalten lasse, wie die USA die „harten Entscheidungen“ übernehmen.

Hier wird nun offen darüber spekuliert, eine transeuropäische Abschreckungs- und Militarisierungsunternehmung zu beginnen oder voranzutreiben. Die Projekte sind schon da: Raketenabwehrschirm, nukleare Teilhabe umorganisieren, strategische „Abschreckung“, Aufrüstung und Rüstungsindustrieförderung und so weiter. Alternativen einer „defensiven Verteidigung“, wenn schon keiner totalen Demilitarisierung, werden noch nicht mal von vermeintlich zentrisch-liberalen Kräften benannt.

Warum mich das so besorgt? Weil es über Trump hinausragt. Er wird nur vier Jahre haben, vielleicht auch nur 28 Monate, je nach Kräfteverhältnissen in den Parlamentskammern. Doch die Übernahme seiner Narrative oder der Angst, die er schürt, wird bleiben und Prozesse in Gang setzen oder beschleunigen, die uns weit über seine Amtszeit hinaus beschäftigen werden.

Trump ist ein Brandbeschleuniger der „Zeitenwende“, seine Amtszeit wird die Verfestigung und Vertiefung des europäischen Rüstungskomplexes vorantreiben, ganz aus „neu gedachten freien Stücken“ der hier politisch Verantwortlichen. Der Begründungsmythos dafür wird der „parasitäre Pazifismus“ sein, seine vorgebliche Katharsis die „Kriegstüchtigkeit“.

Strategische Autonomie und die gruselige EU-Kommission

Ganz ähnlich gelagert sind meine Sorgen vor dem hausgemachten Problem einer ultrakonservativen EU-Kommission, die das Kuscheln

mit den Faschisten salonfähig gemacht hat. Darin steckt auch friedenspolitisch Bedenkliches: Die seit Jahren schwelende Debatte um eine „strategische Autonomie“ der EU, die bislang vor allem ein Jammern über das diplomatische Leichtgewicht Europa umfasste, wird nun durchgehend militarisiert. Die Besetzung eines Kommissars für Rüstungspolitik mit aktivem Beschaffungsauftrag macht deutlich, wohin die Reise gehen soll: hin zu einer eigenständig hochgerüsteten EU, deren „Autonomie“ so verstanden wird, dass sie autonom nach Herzenslust intervenieren kann.

Was das alles mit Trump zu tun hat? Der Trump'sche Isolationismus („America First“) trifft in konservativen Kreisen in Europa, so meine Lesart, auf zweifache Zustimmung: indem er das unterschwellige Argument des – so das rechte Schlagwort dazu – „Ethnopluralismus“ bedient – alle kümmern sich um ihre eigenen Belange, die sie rassistisch konnotiert von „Anderen“ freihalten (der weiße Suprematismus in konservativem Gewand). Und indem er die Notwendigkeit für egoistische Abwehrpolitik nicht nur begründet („Europe First“), sondern gezielt militarisiert (siehe oben).

Sicherlich, Trump ist nicht ursächlich für diese Entwicklungen, diese liegen ganz klar hierzulande. Doch die Ankündigungen von Trump treiben diese Entwicklungen als Reaktion voran, sind Wasser auf die Mühlen der Konservativen. Die sogenannte „Mitte“ bewegt sich zunehmend nach Rechts. Es wird vor dem Hintergrund eines US-Präsidenten Trump selbst der Mitte zunehmend leichtfallen, die vorgeblichen Notwendigkeiten einer solchen „strategischen Militarisierung“ zu betonen. Dies zementiert eine friedenspolitisch hochgefährliche Entwicklung über Jahre.

Politischer Backlash turbogeladen

Nicht zuletzt bleibt die globale Attraktivität des Autoritären. Wohl kaum eine Figur steht so symbolisch für den öffentlich zelebrierten regressiven toxischen Maskulinismus wie Trump. Interessant finde ich, wie sowohl in den konservativen Stimmen der Bewunderung für Trump als auch in denen der konservativen Ablehnung seiner Politik oder seiner Person zunehmend autoritäre Narrative dominieren. Die einen, die ihm recht geben (und ihm gefallen wollen, Beispiel Orbán) und so ihren (gesellschafts-)politischen Backlash begründen. Die anderen, die in Abgrenzung zu Trump ihre „sittlichen“ Grenzen mit einem rassistisch untermalten Backlash markieren (von der CDU bis zur AfD).

Auch hier ist Trump keineswegs ursächlich – aber er liefert die Begründungsfolie für die scheinbare Notwendigkeit eines politischen Backlash. Stimmen, die eine selbstbewusst nichtautoritäre Gesellschaftspolitik suchen, werden von der Verlustangst derjenigen übertönt, die den Status quo sichern wollen, oder die einen noch viel regressiveren Status erschaffen wollen.

Trump lässt sich von hier aus nicht verhindern – die hier angesprochenen Herausforderungen, die sich einzuschleichen drohen und vor dem Hintergrund von „Trump 2.0“ verstärkt werden, allerdings schon. Innenpolitisch, außenpolitisch, EU-politisch – das nimmt uns in Verantwortung.

David Scheuing
DFG-VK Gruppe Lüneburg

Militarisierung im Weltraum

Seit den 1950er-Jahren ist der Weltraum zunehmend Schauplatz militärischer Interessen. 1957 schickte die Sowjetunion den ersten Satelliten ins All- und nur zwei Jahre später testeten die USA die erste Antisatellitenwaffe. Heute gibt es immer mehr Akteure mit Raumfahrtkapazitäten und vielfältigen Angriffsmethoden gegen Satelliten. Die steigende Anzahl von Weltraumtrümmern erhöht zudem das Risiko von Kollisionen. Obwohl der Weltraumvertrag von 1967 die friedliche Nutzung des Alls fördern soll, verhindert er ein Wettrüsten nur unzureichend. Ein von Russland und China 2008 vorgeschlagener Vertrag zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (PAROS) blieb bisher ohne Unterstützung westlicher Staaten, die stattdessen eigene Verteidigungsstrategien und Abschreckung im All priorisieren.

Der Weltraum spielt eine zentrale Rolle für die militärische und die wirtschaftliche Infrastruktur, insbesondere für Satelliten für Kommunikation,

Navigation und Überwachung. Die NATO verfolgt daher eine umfassende Weltraumstrategie und verzichtet offiziell auf Waffenstationierungen, während Einzelstaaten wie die USA und Frankreich eigene militärische Weltraumkommandos aufbauen. Seit 2019 gibt es mit der United States Space Force eine neue Teilstreitkraft, die explizit auf den Weltraum ausgerichtet ist; ähnliche Einrichtungen existieren in Frankreich, Indien, Großbritannien und Deutschland. China und Russland integrieren ihre Weltraumoperationen in andere Streitkräfte und setzen zunehmend auf offensive Fähigkeiten.

Satelliten in geostationären und niedrigen Erdorbits spielen für militärische Kommunikation, Spionage und Frühwarnsysteme eine entscheidende Rolle. Diese Systeme sind jedoch anfällig für kinetische und nicht-kinetische Angriffe durch Antisatellitenraketen oder Cyberangriffe. Neben kinetischen Antisatellitenwaffen, die in der Lage sind, Satelliten zu zerstören oder aus-

zuschalten, könnten Cyberangriffe die Kontrolle über Bodenstationen stören und damit auch die militärische Einsatzfähigkeit beeinträchtigen. Diese Angriffsmethoden bergen ein hohes Eskalationspotenzial und könnten Konflikte leicht globalisieren, während sie zugleich erhebliche Mengen Weltraumschrott erzeugen und die künftige Weltraumnutzung gefährden. Auch Weltraumwaffen spielen hierbei eine immer größer werdende Rolle.

Der Begriff Weltraumwaffen umfasst Antisatellitenwaffen, die gezielt Satelliten lahmlegen, sowie Space-to-Earth-Waffen, die von der Umlaufbahn aus Ziele auf der Erde angreifen könnten. Internationale Projekte wie der Space-Based Laser Readiness Demonstrator der USA zeigen, dass zunehmend an weltraumgestützten Laserwaffen für militärische Zwecke geforscht wird. Neben den USA arbeiten auch Russland und China an ähnlichen Technologien; Frankreich kündigte 2019 als erstes europäisches Land die Entwicklung von Laserwaffen gegen Satelliten an. Diese Systeme stellen das Eskalationsrisiko im Weltraum weiter in den Fokus.

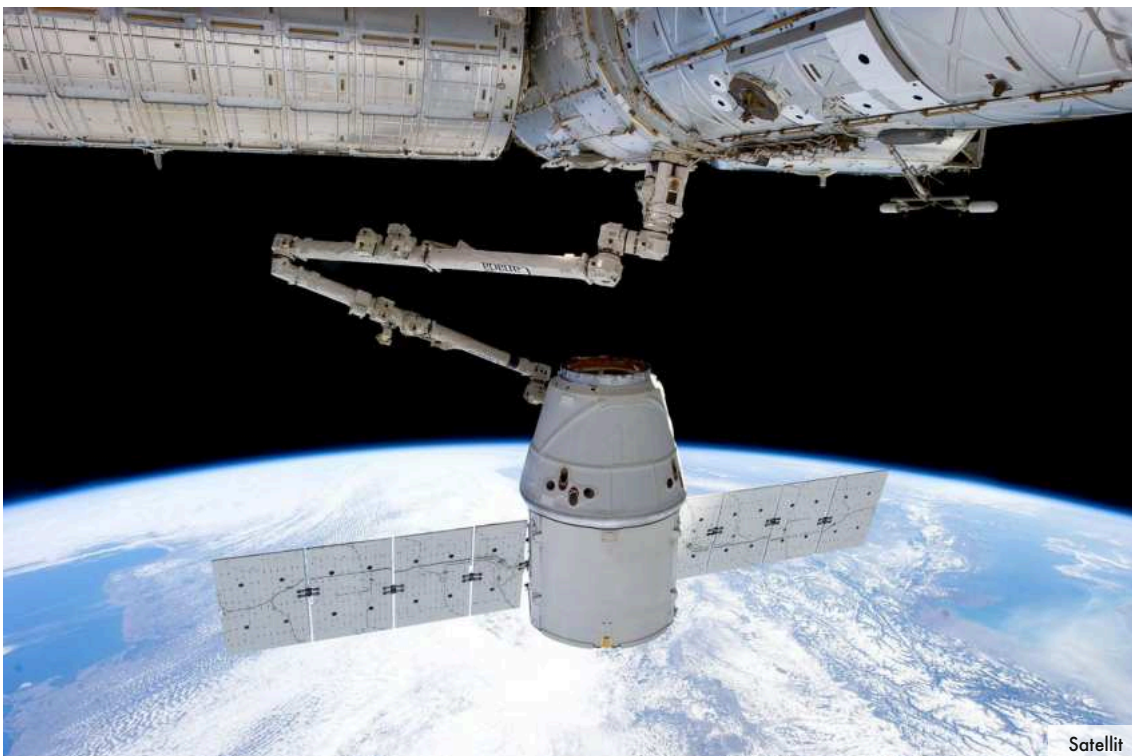
In den letzten Jahren investierte auch Deutschland in Satellitentechnologie und „Weltraumsicherheit“. Es kooperiert mit Frankreich und ist führender Geldgeber bei EU-Satellitenprojekten wie Galileo. Zusätzlich beteiligt sich Deutschland seit 2024 an der US-geführten Mission „Operation Olympic Defender“, um militärische Weltraumaktivitäten zu koordinieren und Akteure, von denen Bedrohungen ausgehen könnten, abzuschrecken. Trotz der hohen Kosten von In-

vestitionen, wie im Fall eines 2,1-Milliarden-Euro-Auftrags für Telekommunikationssatelliten, strebt Deutschland eine gestärkte Präsenz im All an.

Wir haben uns daher gefragt: Wie können Forderungen der DFG-VK in Bezug auf die militärische Präsenz im Weltraum aussehen? Deutschland sollte sich international für die Stärkung bestehender Abkommen wie des Weltraumvertrags (Outer Space Treaty) und für die Ausweitung von Rüstungskontrollmaßnahmen im Weltraum einsetzen. Wichtige diplomatische Initiativen könnten dazu beitragen, verbindliche Abkommen zur Begrenzung und Regulierung von Weltraumwaffen zu erreichen. Die DFG-VK sollte die deutsche Bundesregierung auffordern, ihre Mittel nicht für militärische Weltraumprojekte, sondern zur Förderung der friedlichen Nutzung des Weltraums einzusetzen. Langfristig sollte Deutschland eine führende Rolle in internationalen Abrüstungsverhandlungen spielen, damit der Weltraum als sichere Zone bewahrt und ein globaler Konsens über die Reduzierung weltraumgestützter Waffensysteme gefördert wird.

In den kommenden Wochen wird ein Factsheet zum Thema Militär & Weltall vom Bundesverband der DFG-VK veröffentlicht und den Mitgliedern zugänglich gemacht.

Elvin Çetin und Yannick Kiesel





Proteste gegen Atomkriegsmanöver

Am 12. Oktober fand in Nörvenich die Demonstration gegen das NATO-Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“ statt, die nun schon zum vierten Mal von einem breiten Bündnis von Friedensgruppen organisiert wurde. Mit dabei die DFG-VK NRW mit zahlreichen Aktiven, unter anderem von der Gruppe Aachen, die auf einem 15 Meter langen Transparent das Borchert-Gedicht „Sag Nein“ präsentiert.

2026 wollen die USA neue Mittelstreckenraketen in Deutschland stationieren, die – wenn auch zunächst nur konventionell bewaffnet – die russische Atomstreitmacht „enthaupten“ können. Die russische Regierung spricht im Ukrainekrieg immer wieder vom möglichen Einsatz von Atomwaffen. In dieser brisanten Lage hat die Bundeswehr Mitte Oktober 2024 im Rahmen des NATO-Manövers „Steadfast Noon“ erneut den Einsatz US-amerikanischer Atombomben geübt. Die Tornado-Atombomber der Bundeswehr sind aktuell im nordrhein-westfälischen Nörvenich stationiert, da der Stützpunkt Büchel umgebaut wird. „Wer im Jahr 2024 Atomkriege übt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, denn bei einem Atomkrieg kann es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben“, hieß es im Demo-Aufruf.

Die Demonstration begann vor dem Haupttor des Fliegerhorstes. Joachim Schramm vom DFG-VK-Landesverband NRW begrüßte die Verleihung des Friedensnobelpreises an die japanische Organisation der Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, „Nihon Hidankyo“, als Ermutigung für alle, die sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen. Armin Lauven von Pax Christi Bonn rief die Pilotinnen und Piloten im Fliegerhorst dazu auf, Befehle zu Atomwaffeneinsätzen

zu verweigern, da diese völkerrechtswidrig seien. Der Gitarrist Gerd Schinkel trug einen Solidaritätssong für den 82-jährigen Dennis DuVall von den US-Veterans for Peace vor, der wegen einer Aktion Zivilen Ungehorsams gegen die Atomwaffen in Büchel eine Ausweisungsverfügung erhalten hat.

Die bunte Demonstration zog vom Fliegerhorst zum Schlossplatz in Nörvenich. Unterwegs wurde die nach einem „Fliegerhelden“ des Ersten Weltkrieges benannte Oswald-Boelcke-Allee symbolisch in Claude-Monet-Allee umbenannt.

Bei der Hauptkundgebung wies Dr. Uwe Trieschmann von der IPPNW (Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung) auf die Folgen eines möglichen Atomkrieges hin, in dem es keine ärztliche Hilfe mehr geben könne. Deshalb müsse Deutschland die nukleare Teilhabe in der NATO beenden und dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten. Auch die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland müsse verhindert werden, da diese die Atomkriegsgefahr erhöhen würden. Die Catholic-Workers-Friedensaktivistin Susan van der Hijden aus Amsterdam betonte, es sei wichtig, Ungehorsam zu üben, weil Kriege nur mit gehorsamen Soldaten geführt werden könnten. Van der Hijden hatte zuvor eine Freiheitsstrafe wegen einer Aktion Zivilen Ungehorsams am Atomwaffenstandort Büchel verbüßen müssen. Gerold König, der Bundesvorsitzende von Pax Christi, betonte, dass Papst Franziskus nicht nur den Einsatz, sondern schon den Besitz von Atomwaffen als unmoralisch verurteilt habe.

Joachim Schramm
LV Nordrhein-Westfalen

Militärische Eskalation

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist – ist Soziale Verteidigung die Antwort

Den Anstoß für diesen Artikel hat Sven Zakrzewskis Leserbrief in der ZC 2/2024 gegeben, mit dem er seine haarsträubende Rechtfertigung der israelischen Kriegshandlungen in Gaza bekräftigte (in ZC 01/2024). Im Grunde redet er dem „Gerechten Krieg“ das Wort. Wann ist ein Krieg gerecht? Genau, Definition des Meinungsstärkeren. Deshalb sagt die Grundsatzklärung ja auch: Jeder Krieg ist ein Verbrechen. Unterschiedlos. Sven schlussfolgert daraus, dass Pazifisten dann militärischer Aggressionen tatenlos zuschauen müssten/würden. Da liegt er grundlegend falsch: Weder als Christen (Samaritergleichnis) noch als zivilisierte Bürger (Nothilfe/Notwehr) noch als Machtpolitiker (Wenn das alle machen würden ...) können wir dabei tatenlos zuschauen. Aber als Pazifisten müssen wir uns der Gewaltspirale entziehen. Wehrhaft wollen wir sein, aber ohne Waffen.

Ich beschränke mich in diesem Artikel auf den einzigen Kritikpunkt an der DFG-VK, den Sven zu Recht aufführt. Wir sind als Friedensbewegung schlecht dafür aufgestellt, bei einem eskalieren Konflikt die Kampfahne wieder zu zivilisiertem Verhalten zu bringen. Wir sind recht gut in Konfliktanalyse und -vermeidung. Auch in Konfliktnachsorge gibt es bei uns viel Expertise. Außerdem bewegen wir uns in einem Rahmen, den Diplomatie und Gewaltverzicht in den letzten 80 Jahren geschaffen haben: Was heute im Kerngebiet des Kapitalismus durch Verhandlungen und Rechtsnormen geregelt wird, führte vor 150 Jahren noch zum Krieg.

Wir sind aber außerordentlich schwach dafür aufgestellt, die Eskalation eines Konflikts wieder einzufangen, sprich, die Militärparteien zu Verhandlungen zu bringen. Eine Situation, die uns die Bellizisten bei Ukraine und Gaza genüsslich um die Ohren hauen: Wie wollen Sie es denn besser machen? Und manche hilflosen Aussagen von Pazifisten sind dann wirklich nur peinlich (Bischof Kramer, sinngemäß: manchmal muss man es laufen lassen, bis sie mal wieder auf uns Pazifisten hören).

Dabei haben wir die Antwort dazu: Soziale Verteidigung. Wenn wir der ukrainischen Gesellschaft zugestehen, die russische Gesellschaftsordnung abzulehnen, und unsere Forderung „Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine“ konsequent weiterdenken, sehe ich nur eine Option: gewaltfreier, ziviler Widerstand. Sie wäre sogar in der jetzigen Situation in der Ukraine noch umzusetzen. Umso erstaunlicher ist es, welche Abneigung mir bei diesem Thema in der DFG-VK begegnet, wenn ich den Slogan konkreter besprechen will.

Eine Ursache mag die fehlende Erfahrung mit diesem Thema sein. Ziviler Widerstand beim Sturz von Diktaturen oder bei Umweltthemen gab es vielfältig, jeder in der DFG-VK könnte wohl zu etwas erzählen. Gewaltfreier Widerstand gegen die militärische Besetzung durch eine ausländische Macht, dazu gibt es ganze drei Beispiele. Beim Ende des Prager Frühlings 1968 und beim Ruhrkampf 1923 scheiterten sie auch erst mal. Die Erfolge kamen später. Lediglich in Finnland wehrten sie erfolgreich die Russifizierung ab. Dafür brauchten sie aber auch von 1899 bis 1906. Allen drei Beispielen gemeinsam ist: sie sind spontan entstanden, es war nichts vorbereitet.

Sven erwähnte in seiner Rechtfertigung auch das Flugblatt „Gewaltfrei gegen Hitler“, in dem etliche Beispiele gewaltfreien Widerstands gegen das NS-Regime aufgeführt sind. In Deutschland und dem restlichen Europa. Mögen sie im Kleinen erfolgreich gewesen sein, das große Manko war auch hier die fehlende Vorbereitung, Koordination und gezielte Unterstützung aus dem freien Ausland mittels Diplomatie und der Schaffung/Aufrechterhaltung internationaler Öffentlichkeit. Die tonangebenden Staaten hatten nur Interesse an einer militärischen Lösung, dementspre-

chend war die Befreiung Deutschlands eine militärische. Zwingend war das nicht.

Am Beispiel des Ruhrkampfes 1923 lassen sich aber doch ein paar Grundprinzipien der Sozialen Verteidigung aufzeigen. Als Träger braucht es die im ganzen Land traditionell schon vorhandene, verwurzelte Organisationen. Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, größere Firmengruppen, Kirchen zum Beispiel. Und es braucht die Koordination, damals durch den Staat. Und die Unterstützung von außerhalb, auch da wieder wesentlich der Staat und im geringeren Umfang die außerhalb des Konfliktgebiets liegenden Teile der Trägerorganisationen des Widerstands.

Kann darin eine Ursache liegen, dass sich die DFG-VK so ungern mit der Konkretisierung der Sozialen Verteidigung beschäftigt? Weil wir uns eingestehen müssten, dass wir nicht die Gestaltungsmacht haben, unsere Konfliktanalyse und -vermeidungsstrategien in staatliches Handeln umzusetzen? Wenn wir unseren Lösungsvorschlag abgeben müssen an den „Staat“, den wir doch so gerne (und berechtigt) für die Kriegstreiberei verantwortlich machen? An die Pfaffen? (tschuldigung, Rainer). Gar an die Kapitalisten? An die Arbeiterfürsten? Wie viel Vertrauen ist da nötig, wie viel Misstrauen gerechtfertigt?

Eine andere Erkenntnis aus dem Ruhrkampf ist die unbedingte Notwendigkeit der Vorbereitung, Einübung, Koordination und Strategie dieses Konzepts, immer ausgerichtet an einer an Konfliktlösung orientierten Diplomatie. Denn Widerstand ist kein Selbstzweck, immer nur ein Mittel, um Politik zu machen. Beim Militär ist Vorbereitung keine Diskussion. Die Ukraine hat sich seit 2016 darauf vorbereitet, die Separatistengebiete militärisch zurückzuerobern. Pazifisten werden von den Bellizisten in der Regel aufgefordert, ohne jede Vorbereitung und staatliche Handlungsmöglichkeit konkrete Alternativen aus dem Hut zu zaubern, wenn die militärische Karte mal wieder in der Sackgasse steckt. Es wäre ja schon ein Riesenaufwand, würde der deutsche Staat mal eine Studie finanzieren, wie - rein theoretisch - Soziale Verteidigung in Deutschland überhaupt organisiert werden könnte.

Und Soziale Verteidigung kann für die Akteure ohne Weiteres auch lebensgefährlich sein. Ukrainische DemonstrantInnen haben 2022 in einer Stadt russisches Militär zum Rückzug bewogen. Schön. Es gibt aber auch Beispiele, wo Militär in die Versammlung geschossen hat. Das Risiko, bei der Beurteilung im Vorfeld einer Aktion eine Grundlage falsch einzuschätzen, ist hoch. Zudem haben die autokratischen Regime in den letzten Jahren auch dazugelernt und Methoden entwickelt, zivilen Widerstand erfolgreich zu bekämpfen. Gute, auch militärische Kenntnisse über Absicht, Stärke und Möglichkeiten des militärischen Gegners sind also nötig, um die zivilen Widerstandsaktionen zum Erfolg und nicht ins Desaster zu führen. Wo doch militärische Kenntnisse bei uns so verpönt sind. Auch immer im Auge behalten: Wer von den globalen Akteuren hat ein Interesse daran, dass der Krieg weitergeht? Welche Interessen der globalen Akteure gibt es, die den Krieg begrenzen können? Wer kann darauf einwirken? Ändert es den Diskurs, penetrant diese Frage zu stellen?

Insgesamt hat Sven recht: Die Friedensbewegung muss in der Lage und willens sein, Antworten auf Vernichtungsstrategien des Militärs zu geben. Aber sie lauten: wehrhaft, gewaltfrei, zivil.

Willi Rester
DFG-VK Oberpfalz

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG



Welche neue Wehrpflicht?

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine herrscht eine rege Debatte über eine Reaktivierung der Wehrpflicht. Dies führte vor Kurzem zu einem Kabinettsbeschluss der bisherigen Bundesregierung. Nach dem Zusammenbruch der Regierungskoalition könnte ein möglicher Regierungswechsel in Deutschland allerdings erhebliche Auswirkungen auf den Kabinettsbeschluss zum neuen Wehrpflichtmodell haben. Falls bei den Neuwahlen im Februar 2025 eine Regierung mit einer anderen politischen Ausrichtung an die Macht kommt, könnten die Pläne zur Wiedereinführung oder Anpassung der Wehrpflicht voraussichtlich noch mal neu auf den Tisch kommen. Die derzeitige Regierung, die den Kabinettsbeschluss gefasst hat, könnte durch eine neue Unions-geführte Koalition abgelöst werden, die eine „echte Wehrpflicht“ favorisiert.

Falls die Neuwahl im Februar 2025 tatsächlich eine Regierungsneuausrichtung bringt, könnte dies dazu führen, dass das neue Wehrpflichtmodell vorerst auf Eis gelegt wird oder umfassende Änderungen erfährt. Solche Änderungen könnten von der Aussetzung des Modells bis hin zur Einführung eines hybriden Modells reichen, das auf Freiwilligkeit oder gezielten Rekrutierungsprogrammen basiert.

Keine Wehrpflicht seit 2011

Gegen viel Widerstand in der eigenen Partei schaffte es der damalige CSU-Verteidigungsminister, Karl-Theodor zu Guttenberg, die allgemeine Wehrpflicht auszusetzen. Grund dafür war hauptsächlich der Sparzwang, der ihm seitens der damaligen Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel auferlegt wurde. Seit 2011 wurden daher viele kleinere Bundeswehrstandorte geschlossen und mehr Wehrdienstleistende in den größeren Kasernen untergebracht.

Spätestens seit Beginn des Ukrainekrieges wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht im politischen Berlin verstärkt diskutiert und gefordert. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, forderte vom deutschen Bundesverteidigungsminister „entschlossene Schritte für einen neuen Wehrdienst, da die Personalzahlen in diesem Jahr auf den tiefsten Stand seit 2018 gesunken seien.“

Der Verteidigungsminister will uns „kriegstüchtig machen“. Laut Boris Pistorius „müssen“ wir in der Lage sein, „einen Verteidigungskrieg zu führen“. Weiterhin argumentiert er: Aufgrund „zusätzlicher politischer Aufträge und zunehmender NATO-Verpflichtungen“ liegt der Personal-

bedarf der Bundeswehr aktuell weit über der einstmals gesetzten Zielgröße von 203 300. Die Personallage verschlechtert sich stetig. Mittlerweile ist die Bundeswehr auf derzeit 181 500 Soldatinnen und Soldaten geschrumpft.

Widerstand auch im Bundestag

Aktuell gibt es für eine „richtige“ Wehrpflicht (inklusive Einladung, Musterung et cetera) im Bundestag keine Mehrheiten, vor allem in der FDP sowie in Teilen der SPD und der Grünen ist man gegen einen solchen Zwang. Einzig in der CDU gäbe es für einen solchen Schritt überwiegende Zustimmung.

Erschwerend käme hinzu, dass bei einer „neuen Wehrpflicht“ die „Wehrgerechtigkeit gegeben sein müsste“, sprich: Frauen müssten auch eingezogen werden können – hierfür wäre jedoch eine Grundgesetzänderung notwendig, bis zu der es sehr lange dauern würde. Der bisherige Verteidigungsminister, Pistorius, ist zudem der Ansicht, dass die Menschen „aus Überzeugung dienen“ sollen. Niemand soll mehr „seine Zeit absitzen“, wie es damals oft der Fall war.

Das Verteidigungsministerium braucht 5000 junge Männer pro Jahr. Der limitierende Faktor ist hier, dass die Bundeswehr gerade nicht die Kapazitäten besitzt, mehr Menschen auszubilden. Auch der Aufbau einer Reserve spielt hierbei eine wichtige Rolle. In der Vergangenheit wurde die Erfassung der ReservistInnen vernachlässigt.

Mach's wie Yusuf und Jonna

Unter dem Titel „Ohne mich – Yusuf und Jonna verweigern den Kriegsdienst“ startet die DFG-VK daher eine neue Kampagne gegen einen neuen militärischen Zwangsdienst in Deutschland. Die Kampagne der DFG-VK richtet sich gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland. Ziel ist es, möglichst viele Unterschriften gegen eine Einführung eines militärischen Zwangsdienstes zu sammeln und politischen Druck auszuüben. Mit den gesammelten Unterschriften und einer großen Anzahl an Positionierungen gegen eine militärische Dienstpflicht können Organisationen wie die DFG-VK an ihren Infoständen, in Parlamenten und bei GegnerInnen argumentieren. Die Unterschriften sollen als Werkzeug für die tagtägliche Arbeit aller Aktiven dienen. Hierfür freuen sich die OrganisatorInnen über große Verbreitung und die jeweilige Unterschrift der Lesenden. Zusätzlich bietet die DFG-VK weiterhin die Möglichkeit von Beratungen für ReservistInnen, SoldatInnen oder Ungediente. Aufgrund der aktuellen Nachrichten und der offenen Diskussionen über die Einführung einer neuen Wehrpflicht sind die Anfragen für Beratungen drastisch gestiegen.

Mehr Informationen zur neuen Kampagne:
www.yusuf-jonna.de

Felicitas Dieterle & Yannick Kiesel





Foto: DFG-VK

Neuer Einstieg in die Beratungsarbeit

Die Anfragen zur Beratung bei Fragen rund um das Thema Kriegsdienstverweigerung steigen rasant. Differenzierte Modelle können dabei helfen, auch qualitativ wachsende Anforderungen regional auf mehr Schultern zu verteilen

„Kriegsdienstverweigerung ist die DNA der DFG-VK.“ Der Satz stammt von Klaus Stampfer, DFG-VK Augsburg, und er trifft damit genau den Kern der DFG-VK-Arbeit. Die Kernkompetenz der DFG-VK war jahrzehntelang die KDV-Beratung. Wir wurden als die Verweigerer-Organisation angesehen, die mit ihrem bundesweiten Beraternetz Zigtausende Kriegsdienstverweigerer beraten und zu deren Anerkennung verholfen hat. Spätestens mit der Aussetzung der Wehrpflicht war diese Arbeit überflüssig.

Seit dem 1. Juli 2011 ist die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt und bis zum Ukraine-Krieg gab es jährlich 100 bis 150 KriegsdienstverweigerInnen, Soldatinnen und Soldaten sowie ReservistInnen. Die KDV-Beratung der DFG-VK-Gruppen kam zum Erliegen

Mit Beginn des Ukrainekriegs hat sich die Situation geändert. Die KDV-Zahlen steigen seitdem deutlich an, im Jahr 2024 sind es schon mehr als 2 000 KDV-Anträge.

Jahr	Ungediente	SoldatInnen	ReservistInnen	Gesamt
2022	450	235	438	1.123
2023	835	178	596	1.609
Bis 31.08.2024	1.268	92	693	2.053

Wenngleich die Zahlen im Vergleich zu Zeiten der Wehrpflicht deutlich niedriger sind, wenden sich viele Ratsuchende an die DFG-VK und bitten um Unterstützung bei der Antragstellung und dem Verfassen der Begründung. Als ehemalige Verweigerer-Organisation ist unsere Kompetenz gefragt.

Wer wendet sich an uns?

Menschen, die befürchten, dass Deutschland in den Ukrainekrieg hineingezogen wird und sie als Soldat*ineingesetzt werden könnten. Das sind fast ausschließlich Männer und nur vereinzelt Frauen, die einen freiwilligen Wehrdienst leisten oder geleistet haben.

Die größte Gruppe ist die der Ungedienten, die vorsorglich einen KDV-Antrag stellen wollen, obwohl sie derzeit keinen Dienst leisten müssen.

Es folgen die Reservisten. Ihre Kriegsdienstverweigerung ist eine klare Antwort auf die Pläne von Verteidigungsminister Pistorius, der Deutschland wieder „kriegstüchtig“ machen möchte, und ihre deutliche Ablehnung. Gerade den ReservistInnen soll nach den Plänen des Ministeriums in den Kriegsplanungen eine bedeutende Rolle zugewiesen werden.

Aktive Soldatinnen und Soldaten sind die kleinste Gruppe, hier stellen überwiegend ZeitsoldatInnen einen KDV-Antrag.

Zudem erhalten wir viele Anfragen von besorgten Eltern, die Rat für ihre Kinder erfragen. Oft haben die Väter selbst verweigert, kennen sich aber mit dem heutigen Verfahren nicht aus.

Während früher viele DFG-VK-Gruppen vor Ort Beratung angeboten haben, sind die Strukturen heute weitestgehend weg. Das KDV-Beratungsnetz von früher gibt es nicht mehr und es müssen neue Strukturen aufgebaut werden. Früher waren unsere Beratungsadressen stadtbekannt und die jungen Menschen kamen in die Beratungsstellen der Ortsgruppen. Heute melden sich die Ratsuchenden telefonisch oder per Mail in der Bundesgeschäftsstelle oder bei den Landesverbänden.

In Baden-Württemberg sind wir seit einiger Zeit dabei, mit Schulungen Aktive für die KDV-Beratung zu qualifizieren. Wir haben dazu Konzepte erarbeitet, wie die einzelnen Gruppen zu beraten sind. Ungediente benötigen eine andere Beratung als SoldatInnen oder ReservistInnen. In mehreren Tagesseminaren haben wir gruppenspezifisch Schulungen

durchgeführt und anhand von Fallbeispielen anonymisierte Begründungen analysiert und besprochen. Intensive persönliche Beratungen, vor allem von ReservistInnen, führen wir via Zoom durch. Wir bilden BeraterInnen-Tandems, die mit dem Einverständnis der/des Ratsuchenden KDV-Beratungen durchführen. Dadurch können NeueinsteigerInnen langsam an die Beratungsarbeit herangeführt werden. Wir schulen auch Frauen als KDV-BeraterInnen. Sie können genauso kompetent beraten wie Männer. Das ist für manchen Antragsteller erst einmal ungewöhnlich, wird aber akzeptiert. Dadurch konnten wir unser Beratungsteam stetig erweitern und die Arbeit regional auf mehrere Schultern verteilen. Die Beratungskonzepte können von anderen Landesverbänden übernommen werden. Bei Interesse bitte melden.

Wir machen die Beratung kostenlos, aber immer mit der Erwartung verbunden, dass danach

- eine Spende eingeht
- die E-Mail- oder Postadresse bei der DFG-VK für weitere Informationen hinterlegt wird
- man selbst aktiv wird und in die Beratung einsteigt
- man Mitglied der DFG-VK wird.

Das Beratungskonzept wirkt. Es gehen Spenden ein, der InteressentInnenkreis vergrößert sich und einige Ratsuchende sind DFG-VK-Mitglied geworden.

Die DFG-VK muss sich auf eine mögliche Verweigerer-Welle vorbereiten. Die Pistorius-Pläne zur Zwangserfassung von jungen Männern und einem freiwilligen „Basiswehrdienst“ werden nach dem Ampel-Aus wohl zu den Akten gelegt. Unter einer CDU/CSU-geführten Regierung droht eine Wiedereinführung der Wehrpflicht bis hin zu einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen. Letzteres verbietet noch das Grundgesetz, aber CDU und CSU sind dafür, die Verfassung zu ändern und eine allgemeine Dienstpflicht für alle einzuführen. Dagegen gilt es energisch Widerstand zu leisten. Wir rechnen mit einem weiteren Ansteigen der Zahl der KDV-Anfragen und benötigen ein bundesweites BeraterInnen-Netz, mit dem die DFG-VK wieder als die Verweigerer-Organisation wahrgenommen wird. Die KDV-Beratung muss die DNA der DFG-VK bleiben.

Klaus Pfisterer

Landesvorsitzender DFG-VK Baden-Württemberg
Mail: pfisterer@dfg-vk.de



Foto: DFG-VK

Demonstrationszug am 14.12.24 in Nürnberg

Wie lange noch

Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht. Daran erinnern und dafür demonstrieren friedensaktive Menschen in Nürnberg an sinnfälligen Stätten

Für Augenblicke schallt der riesigen ehemaligen SS-Kaserne eine Wut entgegen. Es ist Samstag, es ist Dezember, ein kalter Wind weht durch Nürnbergs Straßen. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind die Lichter aus. Dennoch stehen hier, von einigem Blaulicht der bayerischen Polizei eskortiert und von den Rhythmen einer unermüdlichen Marching Band angetrieben, knapp hundert Friedensaktivistinnen und -aktivisten auf einer Wiese am Hiroshimaplatz. Sie demonstrieren für die uneingeschränkte Einhaltung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung. Wer als KriegsdienstverweigererIn und KriegsgegnerIn verfolgt wird, muss von uns beschützt werden, muss in unserem freien Land Asyl erhalten können.

Von der Straße der Menschenrechte am Kornmarkt über das lokale Rekrutierungsbüro der Bundeswehr bis zum BAMF berichten Rednerinnen und Redner auf dem Demonstrationszug vom Irrsinn des Militarismus und der Kriege unserer Zeit. Sie, die Kriege, beherrschen das Leben und Sterben in Gaza, in Eritrea, in Syrien, im Sudan, Jemen, in Myanmar. Und natürlich in der Ukraine. Alle sprechen und wissen von unsäglichen Verlusten, vom Leiden und Fliehen der Zivilisten. Und vom unwürdigen Umgang mit Menschen, die genau das tun, was zu tun allen Menschen gewährt sein muss: Nein zu sagen zur Logik des militärischen Siegenwollens. „Kriegsverrat ist Friedenstat“ stimmen Demonstranten immer wieder an.

„Verrat“ begehen in den Augen autokratischer Regimes indes bereits jene, die sich dem Kriegsdienst verweigern. Olga Karach berichtet, dass jungen Menschen, die nicht zum Militär wollen, in Weißrussland entwürdigende Drangsal und Gefängnis drohen. Viele versuchen, außer Landes zu kommen.

An der polnischen Grenze aber werden sie oft zurückgewiesen, ohne Chance darauf, einen Asylantrag stellen zu können. Auch in Litauen droht ihnen sofortige Abschiebung, da geflohene Militärgegner absurderweise als Bedrohung für die nationale Sicherheit Litauens bezeichnet werden. Rekruten in Belarus leiden wiederum unter derart verachtenswerten Praktiken, dass allein in den letzten vier Monaten drei Fälle von Selbstmorden aufgrund von Folter und unmenschlicher Behandlung bekannt wurden – Einzelheiten, die zeigen, wie brutal die Bedingungen für Soldaten sind und warum Kriegsdienstverweigerung ein so wichtiges und universales Menschenrechtsthema ist.

In Nürnberg rollen die Demonstranten ihre Transparente zusammen. Bald löst langsam die Dunkelheit den Tag ab. Zweitausenddreihundert Kilometer entfernt werden Soldaten in diesen Stunden auf Befehl ihrer Offiziere weiter vorrücken. Laut späteren Frontberichten werden sie in einer bereits fast völlig zerstörten Stadt zum Marktplatz vordringen. Sie werden sich in Kellern und Ruinen verstecken, um Gegenangriffen zu entgehen. In den Gräben weiter draußen werden sie um ihre Reserven bangen. Sie werden Leuchtgranaten zünden, um Stellungen und Bewegungen zu erkunden. Sie werden Abwehrraketen von ihren Schultern abfeuern oder Abzüge bedienen. Sie werden Positionen gewinnen und Kameraden verlieren. Sie werden töten. Vielleicht werden sie selbst verletzt. Vielleicht werden sie gerettet. Um dann weiterzumachen. Wie lange noch?

Marcus Angebauer

„Nie wieder Krieg“

Die Gruppen des Landesverbandes Hamburg und Schleswig-Holstein haben die DFG-VK bei der Demonstration am 3.10.24 vertreten – zwei Teilnehmer berichten

Der Bundesverband hatte sich im Vorfeld von der Demo distanziert, da es keine eindeutige Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine im Demoauftrag gab und die Verhandlungen zum Bündnis wenig Spielraum für die Positionen der DFG-VK boten. So berichteten es die Teilnehmer an den Gesprächen, die von unserem Verband kamen. Die Schlußfolgerung, sich dann zu distanzieren finden wir falsch und haben zur Demo am 3.10.24 mobilisiert, um unsere Positionen genau dort zu vertreten.

Ein kleinerer von drei Bussen aus SH und HH fuhr zum Sammelpunkt Schöneberger Ufer, wohin auch die IPPNW aufrief. Das erschien uns unverdächtig für etwaige „Rechtschaffenheit“ und so fanden wir uns als Lübecker wieder unter ÄrztenInnen in weißen Kitteln und vielen jungen Leuten von der SDAJ, diversen anderen linken Gruppierungen und einem Pro-Palästina-Block. Es wurde Kritik an jeder Art von Krieg geäußert, Verständnis für Putin haben wir nicht gehört, ebensowenig rechte Parolen. Bereits hier hatten sich etwa 4000 Menschen versammelt und marschierten gemeinsam zum Großen Stern an der Siegessäule. Dort allerdings gab es eine Gemengelage aus diversen Strömungen in der Friedensbewegung. Ralf Stegner von der SPD wurde als Redner massiv gestört, als er sich für Waffenlieferungen an die Ukraine aussprach. Peter Gauweiler, der Rebell in der CSU konnte sich ungestört gegen eine Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in Deutschland aussprechen.

Gerade wegen dieser bunten Vielfalt bei der Abschlußkundgebung erschien es uns auch mittendrin immer noch sehr sinnvoll, Positionen des radikalen Pazifismus zu vertreten.

Nils-Holger Schomann
(DFG-VK Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein)



Foto: T. Schomann
Demo am 03.10.2024



Foto: G. Bauz
DFG-VK-Banner Siegessäule

Im Vorfeld der Demonstration hat mich das destruktive Agieren einiger Aktiver, die unter Landesverband Berlin/ Brandenburg firmieren, dazu bewegt, aktiv als DFG-VK auf der Demo aufzutreten, um zu zeigen, dass diese paar Menschen nicht die DFG-VK sind. Die Kritik des BundessprecherInnenkreises und von drei der Angestellten der DFG-VK kann ich nachvollziehen. Deren Handlungskonsequenz, diese Kritik in einer Stellungnahme an die Presse zu tragen, bevor sie mit den Basisgruppen der DFG-VK rückgekoppelt wurde, kritisiere ich scharf. Der BundessprecherInnenkreis hat nicht für die DFG-VK Basisgruppen in Hamburg und Schleswig-Holstein gesprochen.

Weil auch wir Leerstellen im Aufruf der zehn OrganisatorInnen sahen, haben wir ihn für unser Flugblatt um die Punkte ergänzt, die zurecht vom BSK vermisst wurden. Statt beleidigt „beiseitezustehen“ oder gar zur Nichtteilnahme aufzurufen, sind wir offensiv mit unseren Forderungen auf die Demonstration gegangen.

In Hamburg und Schleswig-Holstein sind die DFG-VK Gruppen in diversen Friedensszenen vernetzt. Aus Schleswig-Holstein haben sie, gemeinsam mit anderen Friedensgruppen, zwei

Satzung der DFG-VK §7 (2) Aufgabe der Gliederungen ist es, friedenspolitische Arbeit in ihrem Bereich zu leisten und sich an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes zu beteiligen. Sie regeln ihre Gremien und ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbstständig. Gliederungen haben Anspruch auf Unterstützung durch die nächsthöhere Ebene.

Busse zur Demo nach Berlin gefüllt. In jedem Bus haben DFG-VK AktivistInnen einen Infostand mitgenommen und den an unterschiedlichen Stellen sowohl bei der Auftaktkundgebung als auch bei der Abschlusskundgebung aufgestellt. Ein Stand wurde von der Gruppe Kiel betrieben, der andere gemeinsam von Aktiven der Gruppen Oldesloe, Lübeck und Westküste. „Gut, dass ihr da seid“ hörten wir von Vielen aus Friedensgruppen. DFG-VK Aktive mit Verbandsfahne in der Hand aus anderen Ecken der BRD kamen erfreut auf uns zu.



Umlagerter Stand am Stern
Demo am 03.10.2024

Die Stände waren gut besucht und viele unserer Materialien sind mitgenommen worden. Insgesamt wanderten gut 490€ an Spenden für die Materialien in die Dosen. Die gemeinsame Fahrt in den Bussen erbrachte als Nebennutzen Gespräche und Kontakte zwischen friedenspolitisch Aktiven aus Schleswig-Holstein. Die Kosten für die Busse sind durch die Fahrkarten wieder hereingekommen. Der Aufwand hat sich gelohnt.

Natürlich haben wir etliche kontroverse Diskussionen geführt – hauptsächlich über unsere Forderung nach offenen Grenzen für Menschen und mehr Asyl für MigrantInnen. Mit mehr organisierter Beteiligung aus der DFG-VK hätten wir unsere Forderungen noch sichtbarer in die Demonstration hineinbringen können. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass auch der Bundesverband der DFG-VK und andere Gliederungen sich offensiver an solchen Demos beteiligen und unsere DFG-VK Inhalte hineinbringen.

Natürlich liefen auf der Demonstration auch Menschen mit „merkwürdigen“ Positionen auf der Demonstration herum – die sich etwa für Abschiebungen

ausgesprochen. Mit einigen habe ich gestritten, andere ignoriert. Auch bei solchen Mitmenschen halte ich offensives, aber gewaltfreies Argumentieren für notwendig. Wir müssen heraus aus unseren bürgerlichen Blasen. Anders als durch offensives Hineintragen in die Gesellschaft ist Kampf für Frieden als Prozess gesellschaftlicher Auseinandersetzungen nicht zu gewinnen.

Detlef Mielke
(DFG-VK Gruppe Bad Oldesloe)



Siegessäule mit DFG-VK Fahnen

Militär und Klima? Fehlanzeige bei der COP29 in Baku

Die Diskussion um die Rolle des Militärs und dessen Beitrag zu globalen Emissionen ist ein oft übersehener, aber entscheidender Aspekt bei internationalen Klimakonferenzen wie der COP29, die dieses Jahr in Baku stattfand, übrigens zum dritten Mal in einem autokratischen Ölstaat. Gerade bei den bisherigen UN-Klimakonferenzen hat sich gezeigt, dass das Thema Militäremissionen weitgehend ausgeblendet wird, obwohl es in der Klimakrise eine bedeutende Rolle spielt. Dies führt zu einer teils gravierenden Verzerrung der Diskussion, da die Emissionen, die durch militärische Operationen, Rüstung und Logistik entstehen, beträchtlich sind.

Hintergrund: Militäremissionen und ihre Größenordnung

Weltweit gehört das Militär zu den größten institutionellen Verbrauchern fossiler Brennstoffe. Schätzungen zufolge wären die Streitkräfte der USA allein – wenn sie ein Land wären – der weltweit siebenundvierzigstgrößte Emittent von Treibhausgasen. Neben den direkten Emissionen, die durch den Betrieb von Fahrzeugen, Flugzeugen und Schiffen entstehen, tragen auch die Produktion von Rüstungsgütern und die Logistik rund um militärische Einsätze erheblich zur globalen

Kohlenstoffbilanz bei. Auch die Umweltauswirkungen durch militärische Übungen und Konflikte selbst, wie etwa durch verbrannte Landschaften, chemische Kontaminierung und die Zerstörung der Infrastruktur, sind in der Gesamtbetrachtung relevant.

Ausgrenzung des Militärs aus der Klimapolitik

Bei den internationalen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen, wie den jährlichen COP-Treffen, sind Staaten nicht verpflichtet, Emissionen ihrer Streitkräfte offenzulegen. Dies ist ein Erbe des Kyoto-Protokolls, das 1997 beschlossen wurde und den Mitgliedsstaaten ausdrücklich erlaubte, militärische Emissionen auszuklammern. Diese Praxis wurde bis heute nicht revidiert, obwohl das Paris-Abkommen von 2015 theoretisch mehr Transparenz und einheitliche Berichterstattung für alle Sektoren fordert. Viele Länder, insbesondere die großen Militärmächte wie die USA, China und Russland, machen weiterhin von dieser Ausnahme Gebrauch.

Das Fehlen verpflichtender Emissionsberichte für das Militär führt dazu, dass die tatsächlich durch die Nationen verursachten Emissionen regelmäßig unterschätzt werden. In einem Zeitalter, in dem Transparenz und eine vollständige Emissionsbilanzierung für die Erreichung der Klimaziele entscheidend sind, stellt die Nichtberücksichtigung des Militärs ein schwerwiegendes Hindernis dar. Für viele Umweltorganisationen und WissenschaftlerInnen ist diese Lücke ein großes Problem, da die Dringlichkeit der Klimakrise verlangt, dass alle Emissionsquellen berücksichtigt und angegangen werden.

Gründe für die Ausgrenzung des Militärs

Die Hauptgründe, warum Militäremissionen aus den internationalen Klimagesprächen ausgeschlossen bleiben, liegen sowohl im Bereich der nationalen Sicherheit als auch im politischen Widerstand. Viele Regierungen argumentieren, dass die Offenlegung der militärischen Emissionen ihre strategischen Interessen gefährden könnte. Emissionsdaten könnten sensible Informationen über Truppenbewegungen, Ausrüstungen und Operationen verraten. Auch gibt es auf politischer Ebene großen Widerstand gegen zusätzliche Verpflichtungen für das Militär, da es sich um einen stark finanzierten und einflussreichen Sektor handelt, der oft eine Sonderstellung genießt.

Fehlende Diskussion bei der COP29

Auch auf der COP29 in Baku haben die Themen Militär und Krieg sowie deren klimapolitische Auswirkungen nur eine marginale Rolle gespielt, und zwar auf einer Nebenveranstaltung, bei der die Dekarbonisierungsansätze der slowenischen und norwegischen Streitkräfte vorgestellt wurden. Zwar gibt es Stimmen aus der Zivilgesellschaft, die auf die enormen Emissionen des Militärs hinweisen und eine stärkere Einbeziehung fordern, jedoch bleibt der politische Wille schwach. Die dominanten Diskussionen drehen sich vielmehr um „klassische“ Emittenten wie die Energieindustrie, Verkehr und Landwirtschaft, wohingegen das Militär als institutioneller Emittent eher verdrängt wird.

Kritische Stimmen und Forderungen

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Umweltaktivisten drängen zunehmend darauf, dass die COP-Veranstaltungen den militärischen Sektor nicht länger außen vor lassen dürfen. Sie argumentieren, dass ohne die Einbeziehung aller Emis-

squellen, einschließlich derer des Militärs, das Ziel, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad beziehungsweise 2 Grad Celsius zu begrenzen, schwerlich erreicht werden kann. Die Nichtberücksichtigung des Militärs stellt daher ein grundlegendes Problem dar und behindert den Fortschritt.

Vorschläge von verschiedenen Organisationen beinhalten die Schaffung internationaler Vereinbarungen zur Berichterstattung über Militäremissionen, die Entwicklung emissionsarmer Technologien für das Militär und die Erhöhung der Transparenz. Auch Friedens- und Konfliktforschung weisen auf die Synergieeffekte hin, die entstehen könnten, wenn internationale Friedenssicherung und Klimaschutz stärker zusammengedacht würden – beispielsweise durch Demilitarisierungsiniciativen, die sowohl Emissionen reduzieren als auch die Spannungen zwischen Nationen verringern könnten.

Fazit: die Dringlichkeit einer vollständigen Emissionsbilanz

Die Klimakrise verlangt die Berücksichtigung aller Sektoren, und das Auslassen des Militärs untergräbt dieses Ziel. Solange die Militäremissionen nicht verpflichtend offengelegt werden, bleibt ein bedeutender Emissionssektor ausgeklammert, was die gesamte Klimabilanz verfälscht und das Bewusstsein von der Dringlichkeit der Maßnahmen mindert. Auf der COP29 wurde dieses Thema erneut vernachlässigt, doch wächst der Druck der Zivilgesellschaft, diesen Bereich in die globale Klimapolitik zu integrieren.

Die kommende Zeit wird zeigen, ob und wie Regierungen sich dazu bewegen lassen, die Rolle des Militärs in der Klimakrise stärker in den Fokus zu rücken und Verantwortung zu übernehmen. Ein entscheidender Schritt wäre, dass sich die Staaten zumindest dazu verpflichten, über ihre Militäremissionen regelmäßig und transparent zu berichten. Dies könnte der erste Schritt sein, um auch diesen Sektor in den Kampf gegen den Klimawandel einzubeziehen und die Klimaziele wirklich umfassend anzugehen.

Yannick Kiesel



Die Zivil-Courage im Wandel: Ein Magazin für die Zukunft der DFG-VK

Nach vielen Jahren engagierter Leitung wird Stefan Philipp die Position des Chefredakteurs des Magazins ZivilCourage abgeben. An seine Stelle tritt Yannick Kiesel, der bereits als Referent bei der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) tätig ist. Wir danken Stefan Philipp herzlich für seine langjährige und engagierte Arbeit und für die Beiträge, die er über die Jahre hinweg zur Gestaltung und zum Wachstum des Magazins geleistet hat. Die ZivilCourage hat sich unter seiner Ägide als ein wichtiges Organ für Friedensarbeit und gesellschaftspolitischen Austausch behauptet.

Mit der Übernahme durch Yannick Kiesel steht die ZivilCourage nun vor einer umfassenden Neustrukturierung, die den Weg in die Zukunft ebnen soll. Die Redaktion wird sich personell und inhaltlich neu aufstellen und ein differenzierteres Profil anstreben. Ziel ist es, das Magazin weiterhin als lebendiges und relevantes Sprachrohr der DFG-VK-Mitglieder und der Friedensbewegung zu gestalten und dabei weiterhin auf die Bedürfnisse und Wünsche der LeserInnenschaft einzugehen.

Neue Strukturen, neue Ideen: Die Zivilcourage im Wandel

Erste Maßnahmen werden in dieser ersten „neuen“ Ausgabe bereits erkennbar sein. So sind in den kommenden Ausgaben weitere Änderungen in Design, Druck und Layout zu erwarten. Diese gestalterische Neuausrichtung soll dazu beitragen, die Inhalte klarer und ansprechender zu präsentieren und das Leseerlebnis für die Mitglieder und Leserinnen und Leser zu verbessern. Es wird auch experimentelle Ansätze geben: Neue Rubriken und Formate werden ausprobiert, um zu sehen, wie diese ankommen und welche Ideen das Potenzial haben, dauerhaft in das Magazin integriert zu werden.

Ein spannender Ansatz ist der verstärkte Fokus auf regionale Aktivitäten der Mitglieder. Zukünftig wird die ZivilCourage verstärkt Berichte und Einblicke zu Veranstaltungen, Aktionen und Projekten aus den verschiedenen Regionen Deutschlands präsentieren. Damit soll die Vielfalt und Lebendigkeit der Friedensbewegung in Deutschland stärker sichtbar gemacht werden. Die Mitglieder haben dadurch die Möglichkeit, sich inspirieren zu lassen und voneinander zu lernen. Außerdem wird dieser Bereich die Möglichkeit bieten, den regionalen Gruppen und Aktiven der DFG-VK eine Bühne zu geben und ihre Arbeit einer größeren Leserschaft näherzubringen.

Frischer Wind mit neuen Rubriken

Die Redaktion plant, eine neue Interviewreihe mit dem Titel „5 Fragen an ...“ einzuführen. Hier sollen regelmäßig Prominente, AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und Menschen aus der Zivilgesellschaft befragt werden, die spannende Perspektiven auf Friedensarbeit und aktuelle gesellschaftspolitische Themen mitbringen. Die kurzen und prägnanten Interviews sollen Einblicke in unterschiedliche Denkweisen und Ansätze bieten und das Themenspektrum der ZivilCourage erweitern. Den Anfang macht in dieser Ausgabe daher niemand Geringeres als Jan van Aken, neuer Vorsitzender der Partei Die Linke und Autor des Buches „Worte statt Waffen“. Ein weiterer Bereich, der eingeführt werden soll, widmet sich historischen Rückblicken. Die Redaktion wird hier bedeutende Ereignisse, Errun-

genenschaften und Herausforderungen der Friedensbewegung und der DFG-VK aufarbeiten. Die Rückblicke sollen sowohl als Lernmöglichkeit als auch als Erinnerung an die Wurzeln der DFG-VK und die Tradition des zivilen Widerstands dienen. Auch hier ist die Redaktion auf Hinweise aus den Ortsgruppen und Landesverbänden angewiesen.

Ein Medium von den Mitgliedern und für die Mitglieder

Die Neustrukturierung soll die ZivilCourage auch stärker zu einem Medium von und für die Mitglieder machen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Neuausrichtung ist das Engagement und die Mitarbeit der DFG-VK-Mitglieder. Die Redaktion lädt alle Interessierten herzlich dazu ein, ihre Ideen, ihr Wissen und ihre Erfahrung einzubringen. Besonders gesucht sind Menschen mit Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich Print und Medien, die das Team tatkräftig unterstützen können. Die Redaktion ermutigt die Mitglieder, sich aktiv zu beteiligen, sei es durch das Verfassen von Artikeln, die Teilnahme an Diskussionen oder die Einreichung von Vorschlägen für zukünftige Themen.

Ein Prozess, der Zeit braucht

Eine Umstrukturierung dieser Größenordnung ist natürlich auch ein Prozess, der Zeit braucht. Das Redaktionsteam bittet daher um Geduld und Verständnis. Es ist möglich, dass bei der Umstellung kleinere Fehler auftreten, die das Team jedoch stetig verbessern möchte. Die Mitglieder sind eingeladen, Rückmeldungen zu geben und ihre Meinung zur neuen ZivilCourage zu teilen. Jede konstruktive Kritik hilft dabei, das Magazin noch besser auf die Bedürfnisse und Wünsche der LeserInnenschaft hin zuzuschneiden.

Neben dem Print-Magazin wird auch die Website der ZivilCourage in den kommenden Wochen und Monaten neu gestaltet. Das Ziel ist es, ein modernes und funktionales Online-Portal zu schaffen, das die Inhalte des Magazins ergänzt und den Zugang zu den Informationen erleichtert.

Abschließende Worte

Mit diesen umfangreichen Umstrukturierungen blickt die ZivilCourage in eine spannende Zukunft. Das Magazin soll zu einem noch vielfältigeren und lebendigeren Medium werden, das den Anliegen der Friedensbewegung und den Mitgliedern der DFG-VK eine klare und inspirierende Stimme verleiht. In diesem Sinne gilt unser Dank Stefan Philipp für seine langjährige Arbeit und das solide Fundament, das er geschaffen hat, sowie allen Leserinnen und Lesern für ihre Unterstützung und Geduld in dieser Übergangsphase.

Gemeinsam wollen wir eine ZivilCourage gestalten, die den Herausforderungen der Gegenwart gewachsen ist und die Visionen für eine friedliche Zukunft teilt.

Für neue Artikelvorschläge, Neuigkeiten von euren Veranstaltungen beziehungsweise aus euren Regionen oder historische Beiträge schickt gerne eine E-Mail an zc@dfg-vk.de

Yannick Kiesel
Verantwortlicher Redakteur der ZivilCourage

Was macht eigentlich der politische Geschäftsführer?

Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Am 24. und 25. November fand die Mitglieder- bzw. Aktionärsversammlung des Fußballbundesligisten Borussia Dortmund statt. Seit Mai ist der Rüstungskonzern Rheinmetall „Champion Partner“ des Vereins. Bereits damals haben wir vor der BVB-Geschäftsstelle gegen den Werbedeal demonstriert und eine Petition aufgesetzt (www.openpetition.de/werbedeal). Zum Beginn der neuen Bundesligasaison waren wir dann mit einem großen (Styropor-)Panzer vor dem Stadion. Gemeinsam mit der Informationsstelle Militarisierung und dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre haben wir nun im Vorfeld der Versammlungen eine Studie zu „Rheinmetall in der Zeitenwende – Wie ein Rüstungskonzern gesellschaftlich normalisiert wird und Borussia Dortmund dazu beiträgt“ veröffentlicht. Außerdem waren wir an beiden Tagen vor den Versammlungen: Fotos und Videos unserer Protestaktionen gegen den Werbedeal waren in allen größeren Medien. Auf der Mitgliederversammlung stimmten dann 556 Mitglieder für die Kündigung des Rheinmetall-Deals, nur 247 waren für die Beibehaltung der Partnerschaft – ein Erfolg, den wir (zumindest in dieser Deutlichkeit) nicht erwartet haben. Verbannt ist die Rheinmetall-Werbung aus dem Stadion damit aber noch nicht: Es soll noch eine Online-Befragung der Mitglieder geben. Zudem haben sich die Aktionärinnen und Aktionäre nicht für eine Kündigung der Kooperation mit dem Panzerbauer ausgesprochen – die Auseinandersetzung geht also trotz des kleinen Erfolgs für uns weiter.

Dass der Rüstungskonzern auf Banden im Westfalenstadion/Signal-Iduna-Park wirbt, ist eine Folge der von der Bundesregierung ausgerufenen militärischen „Zeitenwende“. Eine weitere sich anbahnende Folge ist eine Reaktivierung der Wehrpflicht. Zwar scheint der „Fragebogen“-Plan (auch als „Schwedisches Modell“ bekannt) von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit dem Scheitern der Ampel-Regierung nicht weiter voranzuschreiten, Friedrich Merz, der mit seiner CDU gute Chancen hat, die nächste Bundesregierung anzuführen, möchte aber sogar einen noch schärferen Kriegsdienstzwang. Was genau auf uns zukommt, ist dabei noch nicht klar. Schon jetzt gehen täglich Anfragen von BürgerInnen für Kriegsdienstberatungen bei uns ein. Unser KDV-Beratungs-Netzwerk weitet sich immer weiter aus. Auf unserer Website haben wir dazu kurz und bündig Informationen zusammengetragen: www.dfg-vk.de/verweigerung. Wenn es eine Reaktivierung der Wehrpflicht – wenn, dann wohl unter dem Deckmantel einer „allgemeinen Dienstpflicht“ für junge Menschen – geben sollte, wird es aber wohl Jahre dauern, bis die Bundeswehr ihre Kapazitäten für Zehntausende neuer RekrutInnen wiederaufgebaut hat. Zeit, die wir zum Aufbau unserer Strukturen nutzen werden –

wenn wir es nicht schaffen, die Reaktivierung zu verhindern, dürfte die Nachfrage junger Menschen nach unseren Beratungsangeboten dann enorm sein.

Neben der inhaltlichen, politischen Arbeit hat mich in den vergangenen Monaten vor allem unser Bundeskongress beschäftigt – die Vorbereitung war aufgrund des kleinen Organisationsteams herausfordernd und auch vor Ort gab es (wie das immer so ist) ein paar „Überraschungen“. Und auch nachbereitet werden muss ein Bundeskongress. Falls ihr nicht selbst dabei wart, bekommt ihr in dieser ZC-Ausgabe ein paar Eindrücke.

Zwar gibt es auch am Jahresende immer wieder DFG-VK-Aktionen, es ist in unserem Verband aber dennoch eher die Planungszeit für zukünftige Aktionen: Was machen wir zur anstehenden Bundestagswahl? Welche Auswirkungen wird die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten auf die deutsche und europäische Militärpolitik haben? Was ist mit der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland? Und wie geht es im Ukrainekrieg weiter? Die vielen Fragen werden sich in den nächsten Wochen und Monaten nach und nach klären und wir (Re-)Aktionen darauf entwickeln. Es sind friedenspolitisch herausfordernde Zeiten – in denen wir unsere Forderungen nach Abrüstung und Frieden umso lauter vertreten müssen!



Michael Schulze von Glaßer
Politischer Geschäftsführer
Kontakt: svg@dfg-vk.de

Kurze Anmerkung zum Bericht über den Bundeskongress 1978

Mit dem „Karlsruher Urteil“ erklärte das Bundesverfassungsgericht im April 1978 das „Postkartengesetz“ (einfache KDV-Erklärung ohne Prüfung) für verfassungswidrig. Totalverweigerung hatte die DFG-VK bis dahin abgelehnt; nun wuchs das Verständnis. Auf dem Kongress 1980 wurde Totalverweigerung „Solidarität und Hilfe“ zugesichert. Bei den Wahlen gab es heftige Proteste gegen die Wiederkandidatur des DKP-Mitglieds Rolf Breuch als Abrüstungsreferent seitens einiger Gruppen aus Baden-Württemberg und einer erstmals offen auftretenden Opposition, die sich „Sozialisten in der DFG-VK“ nannte. Es ging einmal um die Frage, ob DKP-Mitglieder Führungspositionen in der DFG-VK einnehmen sollten, zum anderen um ein unterschiedliches Verständnis von Abrüstungspolitik mit den Polen (staatlich organisierte) Rüstungskontrolle versus (durch Druck von unten initiierte) einseitige Abrüstungsvorleistungen.

Autor:
Guido Grünewald

In der Rubrik DFG-VK historisch schauen wir zurück auf vergangene Ereignisse der DFG-VK. Dieses Mal beleuchten wir einen Beitrag zum Bundeskongress 1978.



Bundeskongreß 1978

„Aktiv für den Frieden – Für Kriegsdienstverweigerung, Demokratie und Abrüstung“ – unter diesem Motto tagte am 16./17. September 1978 in der Nürnberger Meistersingerhalle der Bundeskongreß der DFG-VK. Über 500 Delegierte und Gastdelegierte diskutierten über die Politik des Verbandes und wählten einen neuen Bundesvorstand.

Thematischer Schwerpunkt des Kongresses wurde angesichts der aktuellen politischen Situation nach dem Karlsruher Wehrpflicht-Urteil die Frage der Kriegsdienstverweigerung. Wichtigstes Arbeitsergebnis in diesem Bereich ist die Verabschiedung eines umfangreichen „Leittrags“, dessen Entwurf schon im Sommer auf einem bundesweiten Seminar diskutiert worden war (den gekürzten Text drucken wir auf S. 6/7).

Schon in seinem politischen Rechenschaftsbericht zu Beginn des Kongresses hatte sich Bundesvorsitzender Klaus Mannhardt ausführlich mit den Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil beschäftigt. Den Versuchen, der Bundeswehr verfassungsrechtlichen Rang zu verleihen und die Wehrpflicht dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung vorzuordnen, stellte er die Position der DFG-VK gegenüber: „Unsere Kriegsdienstverweigerung ist eine unmißverständliche Absage an jede Form von Kriegsvorbereitung und -unterstützung.“

Helmut Michael Vogel, mit Klaus Mannhardt gleichberechtigter Bundesvorsitzender, ging in einem ausführlichen Grundsatzreferat auf aktuelle Aufgaben des politischen Pazifismus ein (siehe S. 3 ff.).

Im Zuge der Antragsbehandlung verabschiedete der Bundeskongreß eine große Zahl von Satzungsänderungen, deren Notwendigkeit sich zum großen Teil aus dem seit 1974 erfolgten Zusammenwachsen der beiden früheren Verbände DFG-IDK und VK ergab. Die Satzung in der jetzt gültigen Form wird in einer der nächsten Ausgaben der ZIVILCOURAGE als Beilage allen Mitgliedern zugänglich gemacht.

Politische Kontroversen, vor allem in der Einschätzung der Abrüstungspolitik, gewannen auf dem Kongreß keine deutlichen

Konturen, weil sie vor allem in der Diskussion um die Rechenschaftsberichte ausgetragen wurden und vielfach an Personen festgemacht wurden. Eine klare und deutliche Offenlegung kritischer Positionen zur bisherigen Politik des Verbandes wäre für die innerverbandliche Diskussion sicher mehr von Vorteil als z. T. emotionsgeladene und unreflektierte Attacken gegen einzelne Personen. Hier sind wir alle gefordert, härter an der Sache zu argumentieren.

Die auch zeitlich überdehnte Personaldebatte bei den Rechenschaftsberichten und auch bei den Wahlen des neuen Bundesvorstandes führte dann auch letztlich zur Zeitnot bei der Behandlung von Anträgen, wo ja dann in der Tat die unterschiedlichsten Positionen gründlich zu diskutieren sind. Unter diesen Voraussetzungen entschied sich der Kongreß dafür, die über 100 politischen Anträge und Resolutionen nicht unter Zeitdruck zu behandeln und ohne gründliche Diskussion abzustimmen, sondern die unerledigten Anträge an eine erweiterte Bundesausschußsitzung, an der alle Delegierten des Bundeskongresses teilnahmeberechtigt sind, zu überweisen. Diese Bundesausschußsitzung wird am 13./14. Januar 1979 im Frankfurter Haus der Jugend tagen.

Die Wahlen zum neuen Bundesvorstand der DFG-VK brachten einige personelle Veränderungen sowie eine Erweiterung des Vorstandes, wodurch eine weitere Effektivierung der Arbeit gewährleistet ist. Von den bisherigen Mitgliedern des Bundesvorstandes kandidierten Manfred Lesch und Ulli Thiel aus persönlichen Gründen nicht mehr. Wilfried Twachtmann, bisher für das Referat Jugendarbeit zuständig, zog seine Kandidatur zugunsten von Joachim Sensebusch zurück.

In ihren Ämtern bestätigt wurden die beiden gleichberechtigten Bundesvorsitzen-

den Klaus Mannhardt und Helmut Michael Vogel. Jürgen Janßen bekam durch das Abstimmungsergebnis bestätigt, daß er die Kasse des finanziell nicht gerade gesegneten Verbandes mit Geschick und Zuverlässigkeit führt; er bekam von allen Mitgliedern des Bundesvorstandes die meisten Stimmen.

Als Referenten gehören dem Bundesvorstand folgende Freunde an: Eva Maria Bannach-Epple (Friedensforschung), Rolf Breuch (Abrüstung), Hans Bubenzer (Kontakte zu anderen Organisationen), Helmut Erwe (Bildung/Schulung), Gerd Greune (Internationales), Guido Grünewald (Militärpolitik), Heinrich Häberlein (Kriegsdienstverweigerung), Bernd Kehrer (Organisation), Günter Knebel (Zivildienst), Winfried Schwamborn (Zivilcourage), Joachim Schwamborn (Recht), Joachim Sensebusch (Jugendarbeit) und Gregor Witt (Dokumentation/Information).

Das Referat Dokumentation/Information wurde in diesem Bundesvorstand neu eingerichtet, um dem gestiegenen Bedürfnis nach schneller und gründlicher Information für die Aktiven des Verbandes und nach innerverbandlicher Diskussion besser nachzukommen. Gregor Witt wird den bisher von der Bundesgeschäftsstelle erstellten Informationsdienst „DFG-VK intern“ redaktionell betreuen. Damit wird ein regelmäßiges und pünktliches Erscheinen von „intern“ sichergestellt.

Es wird jetzt für alle Mitglieder des DFG-VK darauf ankommen, die politischen Ergebnisse des Bundeskongresses in die Praxis umzusetzen, d. h. in der gegenwärtigen Situation vor allem, den Kampf um die Erhaltung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung und gegen die Militarisierung des Zivildienstes zu intensivieren. Für diesen Kampf gibt der vom Kongreß verabschiedete Leittrag wichtige Hinweise und Impulse. Auch im Kampf um Abrüstung ist keine Ruhepause eingetreten. Hier gilt es, die auf der erweiterten Bundesausschußsitzung anstehende Diskussion der Anträge zu diesem Komplex gründlich und konstruktiv zu führen, um die politischen Aussagen des Bundeskongresses auch in diesem wichtigen Bereich abzurunden.

Winfried Schwamborn



„Aktiv für den Frieden“: DFG-VK-Vorsitzender Helmut Michael Vogel mit Enkel Markus

5 Fragen an Jan van Aken

Vorsitzender der Partei Die Linke

1. Unter welchen Bedingungen könnte es Frieden geben zwischen der Ukraine und Russland?

Es braucht Druck auf den Kreml. Dieser Druck muss auch von China kommen. Die Führung in Peking hat ein Interesse an der Beendigung des Krieges, deshalb sollte man China endlich miteinbeziehen und an den Verhandlungstisch holen. Aber auch der Westen kann mehr Druck machen, vor allem ökonomisch. So kann die EU stärker gegen die Schattenflotte von Tankern vorgehen, die täglich russisches Öl durch die Ostsee schippern und so Millionen in die Kriegskasse von Putin spülen. Da könnten die EU und somit auch Deutschland einiges tun, um diese Gewinne zu schmälern. Und dann müsste die EU auch das Schlupfloch Türkei schließen. Denn der Kreml umgeht die EU-Sanktionen unter Beihilfe von Erdogan. So wurde die Türkei 2023 zum weltweit größten Abnehmer fossiler Brennstoffe aus Russland, auch, weil die EU-Staaten ihr die Sachen abkaufen. Allein zwischen Februar 2023 und Februar 2024 importierte die EU Erdölzeugnisse im Wert von 3,1 Milliarden Euro aus der Türkei. Wenn die EU es ernst meint, muss sie diese Praxis beenden, sonst macht sie sich lächerlich.

2. Gibt es für den Beginn eines Friedensprozesses dort einen Zeithorizont?

Es gibt meiner Meinung nach keinen Zeithorizont für Verhandlungen. Mit der Wahl Trumps wird der Druck auf Kiew wahrscheinlich stärker, auch einen schlechten Frieden zu akzeptieren. Ich nehme an, dass es im nächsten Jahr wieder eine Schweizer Friedenskonferenz geben wird. Russland und China sind eingeladen und ich kann mir vorstellen, dass die ersten Vorgespräche schon zu Jahresanfang stattfinden werden.

3. In deinem Buch schreibst du über die Friedensbewegung in Deutschland, sie sei nicht

mehr sichtbar. Wie kann eine Bewegung gegen Kriege wieder sichtbar und später auch einflussreicher werden wie etwa in den 80er-Jahren mit den großen Demos gegen die Pershing-Raketen und besteht eine Chance, die erneute Stationierung von Mittelstreckenwaffen wie Tomahawk zu verhindern?

Ich glaube, was die Friedensbewegung und die Friedensbewegten hier eint, ist das Ziel der Abrüstung. Ob das nun Mittelstreckenraketen sind oder Atomwaffen: Abrüstung hat für uns alle Priorität. Deshalb unterstützen wir die Kampagne „Zehn Prozent für alle“, die sich dafür einsetzt, dass alle Länder gleichzeitig ihren Militäretat um zehn Prozent absenken. Das könnte ein Kristallisationspunkt sein, an dem eine Friedensbewegung wieder zusammenkommt.

4. Wird die Partei Die Linke wieder aktiver Teil einer Friedensbewegung werden?

Ja, das werden wir. Das ist allein schon durch meine Person gesichert. Ich arbeite seit 20 Jahren zu Frieden und Abrüstung. Das werde ich natürlich auch an der Spitze der Partei weiterhin tun, denn ohne Frieden ist alles nichts.

5. Wie kann eine erneuerte Friedensbewegung aussehen, auch angesichts der bestehenden Konfliktlinien?

Bunt – und vor allem nicht so alt wie ich. Wenn ich in letzter Zeit auf Friedensdemos war, dann habe ich da vor allem Leute getroffen, mit denen ich bereits in den 80ern im Bonner Hofgarten gegen den NATO-Doppelbeschluss protestiert habe. Jetzt ist die Zeit, auch junge Leute wieder für das Thema Abrüstung zu begeistern. Die Linke kann da ein Katalysator sein, schließlich sind in den letzten Monaten bei uns Tausende vor allem junger Menschen eingetreten. Die wollen was erreichen und die wollen was verändern. Die könnten der Friedensbewegung neuen Schwung geben.

Fragen wurden gestellt von
Nils-Holger Schomann



Foto: Maximilian_Gödecke_Rosa-Luxemburg-Stiftung

Worte statt Waffen Wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann

Ein wichtiges Buch von Jan van Aken

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg - diese Binsenweisheit lässt sich mühelos auf das Thema Krieg und Frieden anwenden, wie wir seit längerem in Europa und im Nahen Osten sehen.

Der Wille zum Frieden fehlt zurzeit allen Kriegsparteien, denn alle Seiten glauben daran, Kriege gewinnen zu können und dem Gegner ihre Bedingungen für einen „Frieden“ diktieren zu müssen. Jan van Aken beschreibt in seinem Buch eindringlich, dass echter Frieden so nicht funktionieren kann. Er nennt als Bedingung für einen Friedensprozess unter anderem, dass die Kriegsparteien sozusagen ihr „Pulver verschossen“ haben und die Ressourcen für weitere Kämpfe erschöpft sind. Zudem muss das Leid am Krieg auf beiden Seiten mindestens gleich hoch sein und die menschlichen Verluste so extrem werden, dass die Beteiligten nicht mehr mitmachen wollen. In Deutschland beendete eine Revolution das Krieg führende Kaiserreich, ohne dass dieses den Krieg direkt verloren hätte. Die Krieg führenden Parteien befanden sich in einem festgefahrenen Stellungskrieg, der nirgendwo mehr hinführte, aber weiterhin enorme Ressourcen verbrauchte.

Ein ähnlicher Punkt ist aktuell zwischen der Ukraine und Russland erreicht. Da fragen wir uns natürlich, warum der Krieg trotzdem nicht beendet wird. Jan van Aken äußert sich dazu in unserem Interview auf Seite 33.

Zurück zum Buch: Da beschreibt der Autor nämlich, wie es zu Kippunkten kommen kann, ein Waffenstillstand vereinbart und Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Diese können dann immer noch viele Jahre dauern, wie anschaulich am Beispiel des Friedensprozesses in Nordirland/Irland beschrieben wird. Nach jahrzehntelangen, sehr blutigen Kämpfen mit Bombenanschlägen, vielen politischen Morden und tiefer Feindschaft zwischen irischer, katholischer einerseits und protestantischer, nach England orientierter Bevölkerung andererseits wurde ein Friedensprozess eingeleitet, der beide Seiten an einen Tisch und sogar in eine gemeinsame Regierung Nordirlands brachte. Beide Seiten waren gezwungen, den Frieden gemeinsam zu gestalten, und so wurde eine „Diktatfrieden“ der einen über die andere Seite verhindert. Es lohnt sich wirklich, die Einzelheiten dieses Prozesses nachzulesen. Und dies ist nur einer von vielen Friedensprozessen, die Jan van Aken unter die Lupe nimmt.

Wir PazifistInnen werden auf der Straße bei Aktionen immer wieder als naiv bezeichnet und im besseren Fall gefragt, wie denn Frieden überhaupt möglich gemacht werden kann. Dazu liefert das Buch zahlreiche Beispiele, auch wichtige Schritte zur Abrüstung werden beschrieben.

Und worum geht es überhaupt bei Kriegen? Sie fallen nicht vom Himmel, sie werden angezettelt, weil es um bestimmte Interessen geht. Wer kommt schon auf die Idee, dass wegen Kakaobohnen Kriege geführt werden? Aber ja, leider schon, das Beispiel Elfenbeinküste in Afrika zeigt es und wird von Jan van Aken plastisch beschrieben. Dass es in der Ukraine große Vorkommen an Lithium und anderen wichtigen Rohstoffen gibt, passt dann auch ins Bild.



Insgesamt ist es erstaunlich und macht Mut, dass der Autor davon überzeugt ist, dass es überall Wege zum Frieden gibt, und seien sie noch so weit.

Nils-Holger Schomann

Mitglied des LV Hamburg und Schleswig-Holstein

Jürgen Grässlin: Wie Lichter in der Nacht (2024)

Den letzten Anstoß zu Jürgens neuem Buch gaben verzweifelte Menschen aus seinem politischen Umfeld, die sich wegen der bekannten negativen Entwicklungen in ihr Privatleben zurückgezogen hatten. Dieser Verzweiflung setzt Jürgen die ungebrochene Hoffnung – allen Widerständen trotzend – der von ihm Porträtierten auf eine bessere Welt entgegen. Es sind Menschen, die für die Ziele ihrer Projekte brennen. Damit wirft der Autor ein Licht auf das, was uns in diesen düsteren Zeiten Kraft gibt, nach vorne zu schauen. Und wie sich einzelne Lichter zu Lichterketten vernetzen können.

Entstanden sind ausführliche Porträts aus erster Hand von 24 Mutmachern, wie er sie nennt. Sie alle hat er getroffen und stellt ihre inspirierenden Visionen sowie konkreten Konzepte und Projekte für den Wandel zum Besseren vor, einschließlich weiterführender Websites.

Einer dieser Menschen ist unser Mitglied Margot Käßmann, deren private Seite sowie Engagement auch außerhalb der Friedenspolitik zum Vorschein kommen. Natürlich auch ihr Friedensengagement: Sie ruft auf zum Widerstand gegen die voranschreitende Militarisierung, die Produktion von Waffen und deren Lieferung in Krisen- und Kriegsgebiete, die zu noch mehr Zerstörung, noch mehr Toten führen.

Ohne gesellschaftliches Engagement, sagt sie, würde ihr etwas fehlen, mehr noch: „Wir Alten, die wir uns nicht mehr in der Rushhour des Lebens befinden, haben geradezu die Pflicht, etwas zurückzugeben.“

Ähnlich ausführliche und spannende Infos enthält das Porträt des bekanntesten ukrainischen Kriegsdienstverweigerers, Yuri Sheliashenko, der den Glauben von Menschen nicht nachvollziehen kann, dass Waffen eine magische Kraft besäßen, die einen dauerhaften Sieg bringt.

Wie Margot Käßmann zeigt Thomas Kuban (Pseudonym) klare Kante gegen die AfD. Sein Buch „Blut muss fließen“ durfte ich 2012 verlegerisch betreuen. Er hat die deutsche Regierungspolitik informiert über die widerrechtlich agierende Rechtsrockszene, deren Konzerte er getarnt mit Sonnenbrille und Wollmütze filmte. Kaum zu glauben, wie oft er mit seinen Bemühungen scheiterte, diese Konzertmitschnitte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen unterzubringen. Sein Mitstreiter Peter Ohlendorf ließ sich von ähnlichen Erfahrungen bezüglich ihres gemeinsamen Dokumentarfilms nicht unterkriegen und hat diesen auf vielen Veranstaltungen, unter anderem in zahlreichen Schulen, gezeigt.

Beeindruckend ist auch das Porträt des ehemaligen zwangskrutierten Kindersoldaten Innocent Opwonya, dem die Flucht aus Uganda nach Deutschland gelang und der ein Botschafter des Friedens geworden ist. In seinem früheren Leben schoss er mit einem Schnellfeuergewehr G3, entwickelt in einer deutschen Waffenschmiede.

Spannend, dass Ludwig Essig und Antonia Messerschmitt von Fridays for Future portraitiert werden, ebenso wie die Combatants for Peace aus Israel und Palästina, Rotem Levin und Osama Eliwat.

Beeindruckend ist auch das Kapitel über Aung Myo Min, den amtierenden Menschenrechtsminister der demokratischen

Gegenregierung in Myanmar und ersten bekennenden schwulen Minister in der Geschichte des Landes.

Das sehr positive Gesamtbild rundet Malalai Joya ab, die frühere Abgeordnete im afghanischen Parlament. Sie musste aus dem Land fliehen und engagiert sich heute undercover für die dortige Bildung von Mädchen und Frauen.

Aus solcherlei und mehr Gründen sei dieses mit Herzblut und Sachkenntnis geschriebene Buch auch als Geschenk empfohlen.

Jürgen Grässlin hat bereits 30 Lesungen zu seinem neuen Mutmachbuch vereinbart. Siehe hierzu die aktuellen Angaben auf seiner Homepage www.juergengraesslin.de > Termine.

Jürgen Grässlin (2024): Wie Lichter in der Nacht. Menschen, die die Welt verändern. Ein Mutmachbuch, Heyne, 382 Seiten, gebunden, 20,- Euro, ISBN: 978-3-453-21891-8

Thomas Carl Schwoerer

Verleger, Autor und Bundessprecher der DFG-VK



Paul Carell: Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945

Paul Karl Schmidt war im Dritten Reich als Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes ein besonders abstoßender nationalsozialistischer Propagandist, der nach 1945 als Journalist unter dem Namen Paul Carell u.a. für die Wochenzeitschriften „Die Zeit“, den „Spiegel“ und die „Welt“ arbeitete und in den 1960er-Jahren als Buchautor mit dem millionenfach verkauften Bestseller „Unternehmen Barbarossa“ über den Russlandfeldzug der deutschen Wehrmacht einflussreich und vermögend wurde.

Die nun erschienene erweiterte Neuauflage des Buchs „Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945“ des Historikers Wigbert Benz ist eine auf sehr umfangreichem, akribischem Archivquellenstudium basierende Studie. Am Beispiel von Paul Karl Schmidt, als Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes direkter Untergebener des Reichsaußenministers Ribbentrop, zeigt der Autor exemplarisch, wie nationalsozialistische Täter nach 1945 ihre Karrieren in der damaligen Bundesrepublik ungebrochen fortsetzen konnten. Schmidt/Carell wurde zwar Anfang Mai 1945 verhaftet und war dann zweieinhalb Jahre in amerikanischen Lagern interniert, wurde aber nicht angeklagt, sondern sagte 1947 als Zeuge der Anklage im Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozess aus und wurde dann ab 1949 als Autor für Marshallplan- und Europawerbung sowie eine FDP-Wahlillustrierte tätig. Wigbert Benz zeigt am Beispiel von Schmidt/Carell detailliert, wie alte Nazi-Netzwerke in Westdeutschland weiter funktionierten und in ihrer publizistischen Propaganda nach 1945 wenig änderten. Besonders deutlich wird dies an den 1943 formulierten Plänen für eine vom Deutschen Reich dominierte Nachkriegsordnung Europas und der von Schmidt/Carell 1950 veröffentlichten Schrift „Die Grenzen nieder. Europa ist unsere Rettung“. Die Anlehnung des Titels an Bertha von Suttners berühmten Roman „Die Waffen nieder!“ ist kein Zufall.

Aus vor allem in der Springer-Illustrierten „Kristall“ in den 50er- und 60er-Jahren erschienen Serien von Schmidt/Carell (wie der Antisemit Mitarbeiter und später sogar enger Vertrauter von Axel Springer werden konnte, stellt W. Benz in seinem Buch auch dar) über den angeblich ehrenhaften Kampf der Wehrmacht gegen die Rote Armee entstanden in den 1960er-Jahren die in viele Sprachen übersetzten Bestseller „Verbrannte Erde“ und „Unternehmen Barbarossa“, die, wie viele andere Bücher Schmidt/Carells, heute noch lieferbar sind. Passagen aus „Unternehmen Barbarossa“ dienten bis 2009 in den Schulungsmaterialien der Bundeswehr „einsatznah ausbilden. Hilfen für den Gefechtsdienst aller Truppen“ als Quellen „für die Ausbildung der Soldaten“. Aus Carells Buch zitiert wurden in den „Hilfen“ „drei Beispiele(n) von Operationen der Wehrmacht: zwei in der Normandie 1944 zu den Ausbildungsthemen ‚Tarnen‘ und ‚24-Stunden-Kampftag‘, eine beim Krieg gegen die Rote Armee Anfang März 1943 zum Thema ‚Kampf bei ungünstigem Wetter‘“ (S. 152, Benz zitiert die Buchpassagen ausführlich). In Zeiten, in der unsere Gesellschaft wieder kriegstüchtig werden soll, würde es nicht sehr überraschen, wenn auch diese Texte von der Bundeswehr wieder für die Ausbildung zum Töten herangezogen würden.

Im Oktober 1979 veröffentlichte Schmidt/Carell in der Springer-Wochenzeitung „Welt am Sonntag“ anlässlich des Nato-Doppelbeschlusses zur Stationierung neuer atomar bestückter Mittelstreckenraketen in Europa den Artikel „Die Rote Erpressung“, in dem er für einen Erstschatz gegen die damalige Sowjetunion eintrat. Wigbert Benz zitiert ausführlich aus diesem Artikel und fasst zusammen: Carell „plädiert für die Option,

militärische Maßnahmen gegen die Rote Armee zu ergreifen, ‚auch wenn der letzte Beweis für die gegnerischen Absichten noch nicht besteht‘. Aus ‚Nie wieder Krieg!‘ wird das Recht zum Präventivschlag“ (S. 137). – Bei allen historischen Unterschieden, wir stehen wieder vor einer geplanten neuen Stationierung von Mittelstreckenraketen, diesmal „nur“ in Deutschland. An der Rhetorik der KriegspropagandistInnen hat sich wenig geändert. Der größte Unterschied ist vielleicht sogar nur, dass es inzwischen auch viele Frauen unter ihnen gibt.

Nachtrag: Der Jurist Dr. Ingo Seidner, Enkel und Nachlassverwalter von Schmidt/Carell, hat 1997 seine Dissertation „Der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr mit der Waffe als Gleichheitsproblem“ veröffentlicht. Das Wochenmagazin „Der Spiegel“ nahm es 2002 für seinen Themenabend „Frauen an die Waffe – Trendwende für die Bundeswehr“ in seine Empfehlungsliste auf. Schmidt/Carell soll vor seinem Tod an einer Geschichte der Bundeswehr gearbeitet haben; vielleicht mutet uns der Enkel die ja auch noch zu, bei dem vorherrschenden Zeitgeist müsste er wahrscheinlich wenig am konzeptionellen Inhalt ändern.

- Wigbert Benz: Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945. Wissenschaftlicher Verlag wvb Berlin, 2. erw. Auflage 2024, 164 Seiten, 28 Euro, ISBN 978-3-96138-407-5
- Wigbert Benz: „Einsatznah ausbilden“ mit Paul Karl Schmidt alias Paul Carell, Pressechef im Nazi-Außenministerium – Führender NS-Propagandist als Ghostwriter oder Quellengeber offizieller Ausbildungsmaterialien der Bundeswehr. In: Forum Pazifismus, Nr. 26, Hamburg 2010 (kostenloser PDF-Download: <http://www.forum-pazifismus.de/archiv.html#>)

Stefan Lau

Mitglied der Ortsgruppe Karlsruhe

Pascal Beucker: Pazifismus – ein Irrweg? (2024)

In einer Zeit, in der globale Konflikte und geopolitische Spannungen unsere Gesellschaft prägen, gewinnt die Diskussion über den Pazifismus neue Aktualität. Pascal Beucker nimmt sich in seinem Buch „Pazifismus – ein Irrweg?“ einer provokanten Fragestellung an und beleuchtet die moralischen, politischen und praktischen Herausforderungen dieser Haltung. Mit klarem Blick und fundierten Argumenten lädt er Leserinnen und Leser dazu ein, gängige Annahmen zu hinterfragen und eine differenzierte Perspektive auf den Pazifismus einzunehmen. Diese Rezension geht der Frage nach, wie Beucker seine Argumente entfaltet und welchen Beitrag sein Werk zur aktuellen Debatte leistet.

Pascal Beucker ist Kriegsdienstverweigerer. Das scheint ihm – erfreulicherweise – wichtig zu sein, wird doch gleich auf der ersten Buchseite bei der Kurzvorstellung des Autors erwähnt, dass er laut „schriftlichem Bescheid des Ausschusses für Kriegsdienstverweigerung beim Kreiswehersatzamt Düsseldorf vom 13. Mai 1991“ berechtigt sei, „den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern“. Folgerichtig handelt das letzte Kapitel „Vom Recht, sich dem Krieg zu verweigern“. Beucker geißelt darin das „inhumane(s) wie unvernünftige(s) Vorgehen“ zahlreicher EU-Staaten, anstatt russische Kriegsdienstverweigerer „mit offenen Armen“ aufzunehmen, ihnen die Grenzen zu verschließen, als „zivilisatorisches Versagen“. Beucker hält dagegen: „Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“ und: „Dabei ist selbst ein vermeintlich ‚gerechter‘ Krieg immer noch ein Krieg, niemand sollte gezwungen werden, gegen seinen Willen in ihn zu ziehen. Das gilt übrigens auch für jene Ukrainer zwischen 18 und 60 Jahren, die seit Kriegsbeginn ihr Land nicht mehr verlassen dürfen, um für die Verteidigung herangezogen zu werden.“ Und so lauten die letzten Sätze im Buch: „Es brauchte in der Geschichte immer mehr Courage, sich einem Krieg zu verweigern, als mitzumarschieren. Zu seiner Motivation, als junger Mann zu desertieren, sagte (der 2018 im Alter von 96 Jahren verstorbene Wehrmachtsdeserteur und Gründer der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ – Anm. d. Verf.) Ludwig Baumann einmal: ‚Die Wahrheit ist: Ich wollte nicht töten. Und ich wollte leben.‘ Das reichte ihm als Grund. Das muss reichen. Auch heute noch.“

Diese klare Haltung Beuckers scheint nicht zum Buchtitel zu passen, der die Aussage „Pazifismus – ein Irrweg“ mit einem Fragezeichen versieht. Dabei ist das eher als rhetorische Frage zu verstehen. Denn gleich in der Einleitung wird pazifistisches Denken als wichtig bezeichnet, „ist es doch ein Stachel gegen jene, die bereit sind, sich allzu selbstsicher wie leichtsinnig in einer Welt der Waffen und Kriege einzurichten“. Aber: der Pazifismus habe „auch seine Tücken und Widersprüche“. Und vor allem um diese geht es auf den 182 Buchseiten – kritisch und bisweilen schonungslos, damit aber auch notwendig und weiterführend. Dabei gibt es „den Pazifismus“ so gar nicht – oder, wie es Beucker ausdrückt: „In der wissenschaftlichen Literatur wird mittlerweile zwischen unzähligen verschiedenen Varianten von Pazifismus differenziert, die sich manchmal nur in Nuancen, manchmal aber auch fundamental voneinander unterscheiden“ (Seite 22). Und, nie zu vergessen: Der Pazifismus „ist eine Philosophie und zugleich auch und gerade eine Bewegung“ (S. 21). In dem umfangreichsten

und Start-Kapitel „Was ist eigentlich Pazifismus“ werden die unterschiedlichen „Spielarten“ des Pazifismus gut verständlich dargestellt und eingeordnet. Es folgt mit „Bertha von Suttner und die Anfänge der Friedensbewegung“ ein historischer und mit „Grundgesetzliche Dehnübungen“ ein juristischer Abriss.

Für die aktuellen Diskussionen in Zeiten des Krieges in der Ukraine und in Israel/Palästina von besonderer Bedeutung sind die Kapitel „Der Ukrainekrieg, die Atombombe und andere Dilemmata“, „Von den Schwierigkeiten der Friedensbewegung mit dem Ukrainekrieg“ und „Zeitenwende für den Pazifismus“. Für diejenigen, die aktiv sind in der Friedensbewegung und dabei mitentscheiden, wie sich diese positioniert und wie sie nach außen auftritt, sollten die Abschnitte „Die Ostermarschbewegung und ihr Ringen um Glaubwürdigkeit“ (Seite 118) und der „Exkurs: Die Friedensbewegung und der Vietnamkrieg“ von besonderem Interesse sein; das Stichwort ist genannt: Glaubwürdigkeit. Wer zum Verbrechen Krieg auch dadurch (letztlich) schweigt, dass er Schuld undifferenziert oder einseitig verteilt oder nach alter Gewohnheit ausschließlich den US-Imperialismus als Triebfeder erkennt, der trägt nicht dazu bei, die Friedensbewegung wieder zu einem relevanten politischen Akteur zu machen. Und gerade in diesen (leider wohl Vorkriegs-?)Zeiten wäre eine mahnende, überzeugende, einflussreiche und glaubwürdige Stimme und Stimmung machende Bewegung so wichtig.

Abgerundet wird das Buch mit einer 33-seitigen gut zusammengestellten „Chronologie des Pazifismus und der Friedensbewegung“, beginnend mit der 1785 veröffentlichten Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ von Immanuel Kant und endend mit der von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten „Aufstand für Frieden“-Kundgebung am 25. Februar 2023 vor dem Brandenburger Tor in Berlin, sowie einer Liste der verwendeten Literatur.

Pascal Beuckers „Pazifismus – ein Irrweg?“ ist mehr als nur eine Streitschrift; es ist eine Einladung zum Dialog über ein Thema von existenzieller Bedeutung. Mit präziser Analyse und reflektiertem Blick auf historische wie gegenwärtige Konflikte regt das Buch dazu an, das Spannungsfeld zwischen Idealismus und Realpolitik neu zu denken. Ob man Beuckers Thesen zustimmt oder nicht, sein Werk liefert wertvolle Impulse für die Diskussion über Krieg, Frieden und Verantwortung. Ein Buch, das zum Nachdenken herausfordert und in der heutigen Zeit von brennender Relevanz ist.

Pascal Beucker: Pazifismus – ein Irrweg? Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2024; 182 Seiten; 19 Euro; ISBN: 978-3-17-043432-5. Das Buch ist der Band 2 der (von Jörg Armbruster herausgegebenen) Trilogie „Von Krieg und Frieden“ (Band 1: Jochen Hippler: „Logik und Schrecken des Krieges“; Band 3: Hartwig von Schubert: „Den Frieden verteidigen“). Das Gesamtpaket in einem Band ist bei Kohlhammer, Stuttgart 2024, erschienen; 48 Euro; ISBN 978-3-17-044695-3)

Stefan Philipp

Mitglied des LV Baden-Württemberg



NEIN ZUM BAYERISCHEN BUNDESWEHRGESETZ!

FÜR ZIVILE UND FRIEDLICHE BILDUNG.
GEGEN ZWANGSMILITARISIERUNG, WEHR-
ERZIEHUNG UND KRIEGSFORSCHUNG.

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN DFG-VK.DE

Region Bayern

Popularklage gegen das Bundeswehrgesetz

Die DFG-VK Bayern fördert in Zusammenarbeit mit der GEW Bayern eine Popularklage gegen das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ (Bundeswehrgesetz). Das Bundeswehrgesetz wurde im Juli 2024 vom Bayerischen Landtag verabschiedet und zwingt Schulen und Hochschulen in Bayern zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Wir erkennen das als unverhältnismäßigen und somit verfassungswidrigen Eingriff in die Wissenschafts- und Gewissensfreiheit.

Nachdem der Landtag vor der Sommerpause ein Gesetz zur Förderung der Bundeswehr beschlossen hatte, kündigten die bayerischen Landesverbände von GEW und DFG-VK an, dagegen vor das Bayerische Verfassungsgericht zu ziehen. In der Vorbereitung der Klageschrift, die Mitte Dezember eingereicht werden soll, sind die InitiatorInnen bereits jetzt von der großen Unterstützung der Popularklage überrascht.

Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern:

„Man muss kein Pazifist sein, um Zwangsmaßnahmen vonseiten der Bundeswehr und der Bayerischen Staatsregierung gegen die Wissenschaft abzulehnen. Mit unserer Popularklage gegen das sogenannte ‚Bundeswehrgesetz‘ bietet sich die Chance, aktiv und wirkungsvoll gegen die um sich greifende Militarisierung vorzugehen und die Bundeswehr in ihre Schranken zu weisen. Wir freuen uns über die bisherige Unterstützung und hoffen, es kommen noch einige KlägerInnen dazu.“

Die Klagenden gegen das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ wollen mit ihrer Popularklage eine verfassungsrechtliche Prüfung des Gesetzes anstoßen, da ihre Argumente gegen das Gesetz im Gesetzgebungsverfahren kein Gehör fanden. Zu den Klägerinnen und Klägern zählen unter anderem der Mitherausgeber des jährlichen „Grundrechte-Reports zur Lage der Bürger- und

Menschenrechte in Deutschland“, **Dr. Rolf Gössner**, der Friedensforscher und Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik **Dr. Werner Ruf**, der Hochschulprofessor **Dr. Klaus Weber** und der Professor i. R. **Dr. Gerhard Steeger**.

Neben dem Schauspieler und Musiker **Michael Fitz** und dem Komponisten, Musiker und Autor **Konstantin Wecker** gehören zahlreiche GewerkschaftsaktivistInnen und FunktionärInnen, darunter der erste Bevollmächtigte der IG Metall Würzburg, **Norbert Zirnsak**, der Regensburger ver.di-Vorsitzende **Ottmar Georg Kronschnabl** oder das Vorstandsmitglied des bayerischen ver.di-Landesbezirksfachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft **Helga Tögel** zu den Klagenden, ebenso wie die GEW-Landesvorsitzende **Martina Borgendale** und die Geschäftsführerin der GEW Bayern **Elke Hahn**.

Unterstützt wird die Klage auch von Verbänden, wie den bayerischen und baden-württembergischen Landesverbänden der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), dem Bund für Geistesfreiheit, dem Münchner Freidenker Verband e. V., der deutschen Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi, dem Verein Friedensmuseum Nürnberg e. V. und dem Verein zur Förderung von Friedensarbeit im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen e. V. sowie dem bayerischen Landesverband der Partei Die Linke.

Die Klageschrift und weitere Informationen zur Popularklage auf www.dfg-vk-bayern.de



Foto: Antifa-Werkstatt

Adbustings in Berlin

Region Berlin-Brandenburg

Adbustings am Kriegsministerium

„Seit wann spricht die Bundeswehr in ihrer Werbung offen über sexualisierte Gewalt, Nazi-Chatgruppen und das Sterben im Einsatz?“ Mit dieser Frage könnten sich PassantInnen am vergangenen Wochenende in Berlin konfrontiert gesehen haben. Über 50 Werbevitruen in Tiergarten, Mitte und Schöneberg zeigten satirisch verfremdete Bundeswehrplakate, die die neu gegründete „Werkstatt für Antifaschistische Aktionen (W2A)“ angebracht hatte. Ziel der Aktion: die Imagekampagne des Militärs als kritisches Spiegelbild ihrer eigenen Realität zurückzugeben.

Satirische Antworten auf Militärpropaganda

Im Rahmen ihrer Adbusting-Aktion überklebten AktivistInnen die Kampagnenmotive der Bundeswehr mit bissigen Kommentaren. Der ursprüngliche Slogan, „Du siehst die Gefahr zwischen den Zeilen“, wurde etwa zu „Wir sind die Gefahr zwischen den Zeilen“ – eine Anspielung auf die zahlreichen Skandale um Nazi-Chatgruppen innerhalb der Truppe. Andere Motive thematisierten den riskanten Alltag von Soldatinnen, sexistische Übergriffe und die Verherrlichung von Kampfeinsätzen.

„Die Bundeswehr wirbt mit Schlagwörtern wie Teamgeist und Verantwortung, verschweigt aber die Schattenseiten des Militärs – von tödlichen Einsätzen über rechten Einfluss bis hin zu Machtmissbrauch“, so Luca Klatt, Sprecher*in der W2A.

Kritik an rechten Strukturen und Gewaltkultur

Eines der Adbustings greift die rechte Traditionspflege in der Bundeswehr auf: „In Nazi-Chatgruppen gibt es für jedes Hitler-Meme ein <3“, heißt es darauf. Die AktivistInnen kritisieren, dass sich rechte Strukturen im Militär weiterhin halten und durch Befehlskultur und Nationalismus begünstigt wer-

den. Andere Plakate setzen sich mit sexualisierter Gewalt auseinander. „Das Gefühl, wenn eine ganze Armee hinter dir steht ...“ wurde um ein kotzendes Smiley-Gesicht und den Zusatz „Bei uns vergeht kein Tag ohne sexualisierte Gewalt“ ergänzt. Studien zeigen, dass Frauen im Militär einem dreifach erhöhten Risiko ausgesetzt sind, diskriminiert oder belästigt zu werden – ein Tabuthema, das in der offiziellen Darstellung der Bundeswehr kaum Platz findet.

Militarismus als Bedrohung für Frieden

Ein weiteres Adbusting stellt die von der Bundeswehr gepriesene Geschwindigkeit ihrer Kampfflugzeuge in ein anderes Licht: „Mit Mach 2 das Verderben bringen“ lautet die zynische Umschrift. Dieses Motiv erinnert an die Rolle der deutschen Luftwaffe bei völkerrechtswidrigen Militäreinsätzen, wie dem NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999.

„Die Bundeswehr bewirbt sich als Arbeitgeber mit ‚besonderen Möglichkeiten‘ – wir zeigen, was das wirklich bedeutet: töten, getötet werden, Kameradschaft mit Nazis und Machtmissbrauch“, so Klatt.

Mit Aktionen wie dieser zeigen die AktivistInnen der W2A, dass sie nicht bereit sind, die unkritische Selbstdarstellung des Militärs hinzunehmen. Ihre Adbustings machen sichtbar, was die Bundeswehr gerne verschweigt – und fordern zum Nachdenken und Widerstand auf.

Mehr Informationen gibt es auf der Webseite der W2A: antifawerkstatt.noblogs.org.

LeserInnenbriefe



Liebe Redaktion,

als ich die kriegsbefürwortende Stellungnahme von Sven Z. von der DFG-VK Berlin las, war ich erschrocken: Sind wir wirklich noch alle zusammen in der Deutschen Friedensgesellschaft, fragte ich mich? Svens Kritik am Umgang mit ihm durch den Chefredakteur unserer ZivilCourage ist zwar berechtigt. Aber seine vorgestellten Inhalte sind derart dubios – die könnten tatsächlich auch von einem Jugendoffizier der Bundeswehr vorgetragen werden, um einen Militäreinsatz weltweit zu begründen:

Israelische „Selbstverteidigung“ außerhalb der eigenen Landesgrenzen bis zur ägyptischen Grenze (Rafah) und bis zur vollständigen Zertrümmerung des palästinensischen Gaza-Streifens, täglich jetzt auch im seit 1967 israelisch besetzten palästinensischen Westjordanland, neuerdings wieder bis Beirut (Libanon), wohl auch Damaskus (Syrien), von Iran sprach er noch nicht, demnächst auch bis zum Bosphorus?

Dies alles, das muss ich nach Sven Z. verstehen, ist bei ihm vereinbar mit seiner jederzeit „pazifistischen“ Grundhaltung? Und Krieg ist Frieden – würde George Orwell kongenial ergänzen. Wer's nicht versteht, lebt nach dieser Auffassung hinterm Mond.

Ein guter Freund hat wegen des fehlenden Aufrufs unserer DFG-VK zur Friedensdemo am 3.10.2024 in Berlin, die wir gemeinsam besuchten, den Verband nach fast 50 Jahren Mitgliedschaft verlassen. Das tut weh. Einige ältere Mitglieder äußern kritisch sich in Leserbriefen. Ich bin ähnlich lange dabei, am Anfang noch aktiv in der Grup-

pe Frankfurt/Main mit Treffen im Büro in der Hochstraße, fast neben der Alten Oper.

Der Eindruck verfestigt sich bei mir, dass die DFG-VK mit Aktiven aus der alten westdeutschen Friedensbewegung der 1980er-Jahre als Mitgliedern inhaltlich nichts mehr anfangen kann.

Und aus meiner Sicht geht der Verband streng ganz eigene, teils sektiererische Wege. Zum Beispiel in der Frage, was alles rechts sei, oder wenigstens „rechtsoffen“ (neuer politischer Kampfbegriff), auch in einer von der DFG-VK mit herausgegebenen neuen, wenig fundierten Broschüre von L. Teidelbaum (Journalist des „antideutschen“ Zentralorgans „Jungle World“), zusammen mit der in dieser Frage bundesweit in sich vollkommen gespaltenen VVN-BdA zum Thema Friedensbewegung.

Ich hoffe weiterhin, dass wir als Organisation noch Teil der Friedensbewegung sind.

Es darf aber unter keinen Umständen eines Tages so weit kommen, dass Menschen nur noch nach „Einzelfallprüfung“, womöglich durch geschulte Kader, an einer – dann sicher festgelegt „linksoffenen“ – Friedensdemo nach jeweiliger Beschlusslage der DFG-VK im Lande teilnehmen dürfen.

Solidarische Grüße



Rüdiger Deißler
DFG-VK Berlin (Mitglied seit 12/1976)



Liebe Redaktion,

Ich gratuliere zu dieser anregenden und vielfältigen Ausgabe der ZivilCourage. Die tolle Zusammenstellung von Friedensliedern möchte ich nur in zwei Punkten ergänzen: Beim Lied „Der Deserteur“ stammt auch der Text von Boris Vian. Semmers Text ist eine teilweise freie Übersetzung. Vergessen wurde bei der Auswahl leider „I Ain't Marching Anymore“ von Phil Ochs, ein wichtiger Text der US-Friedensbewegung, man sollte ihn noch nachtragen!

Schade, dass Stephan Philipp aufhören muss. Ich denke, wir hoffen alle und wünschen ihm viel Kraft, dass er seine Gesundheitsprobleme bewältigen kann.

Nun aber zu den beiden Stellungnahmen zur Entscheidung des Bundessprecherkreises, nicht mit zur Demo am 3. Oktober aufzurufen: Ich begrüße es sehr, dass sich der Bundessprecherkreis zu diesem Schritt entschlossen hat. Liest man nämlich die beiden kritischen Stellungnahmen, dann fällt auch hier auf, dass zum Angriffskrieg Russlands keinerlei ablehnende Aussage zu finden ist. Die Formulierungen im Aufruf wie in den Stellungnahmen sind eben nicht „allgemein gehalten“, sondern verschweigen einfach Kern und Ursache der gegenwärtigen Lage. Und was eine sogenannte Coronakritiker-Bewegung mit der grundsätzlichen Ablehnung von Krieg verbinden soll, weiß wohl nur der Schreiber selbst. Dass der SPD-Politiker Stegner am 3. Ok-

tober dafür von etlichen Demonstranten ausgebuht wurde, dass er den Aggressor Russland beim Namen nannte, zeigt auch im Nachhinein, wie notwendig dieser Schritt der DFG-VK-Bundessprecher war. Doch auch Frieder Zirkler greift mit seiner Forderung nach einer einheitlichen Friedensbewegung zu kurz. Wenn er die Proteste gegen den Vietnamkrieg zum Vergleich heranzieht, sollte er unbedingt darauf hinweisen, dass wir damals alle forderten: „Amis raus aus Vietnam.“ Ich wäre sofort dabei, wenn wir jetzt alle fordern würden: „Russen raus aus der Ukraine!“



Hans-Jürgen Kobus
DFG-VK Karlsruhe





Friedensspende

Wie viel von meinem Steuergeld fließt eigentlich ins Militär?

Finde es jetzt heraus auf www.friedensspende.de und berechne jetzt deinen Anteil an der Finanzierung der Aufrüstung.

Auch mit deinem Geld werden Auslandseinsätze und neue Rüstungsprojekte finanziert. Auf dieser Website kannst du ermitteln, wie viel von deiner Einkommensteuer in den Militäretat fließt – und du kannst dem ein Ende setzen! Unterstütze gemeinnützige Projekte zur Friedensförderung und zivilen Konfliktlösung.



Buchprojekt: Kasachstans nukleares Erbe

Wusstet ihr, dass die Menschen in Kasachstan bis heute unter den Folgen der Atomtests der Sowjetunion leiden? Viele Betroffene wollen ihre Geschichte erzählen, aber die Welt schaut nicht hin. Wir wollen das ändern – mit einem Buch, das ihre Schicksale auch in Deutschland sichtbar macht. VertreterInnen von DFG-VK, ICAN und IPPNW waren im Mai 2024 vor Ort und möchten ihre Erfahrungen und die Geschichten der Betroffenen nun in einem gemeinsamen Buch veröffentlichen.

Unterstützt jetzt unsere StartNext-Kampagne und sichert euch spannende Dankeschöns! Gemeinsam lassen wir die Stimmen der Opfer nicht verstummen.

<https://www.startnext.com/stimmen-gegen-das-vergessen>



Impressum

Die ZivilCourage erscheint 2024 im 51. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die **Courage** und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die **Zivil**. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die **Zivil-Courage**.

Redaktionsanschrift:

ZivilCourage – Magazin der DFG-VK
Hornbergstraße 100,
70188 Stuttgart
Tel. 0711- 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de

Herausgeberin:

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK)
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart

Redaktion:

Cornelia Mannewitz
Chris Bauer
Felicitas Dieterle
Marcus Angebauer
Michael Schulze von Glaßer
Nils-Holger Schomann
Ralf Buchterkirchen
Yannick Kiesel

Druck:

Druckhaus Stil + Find
Felix-Wankel-Straße 2
71397 Leutenbach-Nellmersbach
Telefon 0711- 12 02 02 13
E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb:

Neckartalwerkstätten
Hafenbahnstraße 35
70329 Stuttgart
Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Erscheinungsweise: viermal/Jahr

Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der Zivil-Courage im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniierung schriftlich bei der Herausgeberin. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 24. November 2024. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 1. März 2025.

Rheinmetall in der Zeitenwende

Seit Mai ist der Rüstungskonzern Rheinmetall Sponsor des Fußballbundesligisten Borussia Dortmund. Eine Studie, herausgegeben von der „Informationsstelle Militarisation“, der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) und dem „Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre“, zeigt nun auf, wie die Werbung im Stadion zu einer gesellschaftlichen Normalisierung von Waffengeschäften führen soll. Vor der Mitglieder- und der Aktionärsversammlung des BVB sind Protestaktionen angekündigt.

„Rheinmetall ist auf die öffentliche Bühne gekommen, um zu bleiben“, so das Fazit der veröffentlichten Studie über die Präsenz des Rüstungskonzerns in der öffentlichen Wahrnehmung. Die seit Mai 2024 bestehende Sponsoringpartnerschaft mit dem Bundesligisten Borussia Dortmund sei dafür ein wichtiger Baustein: „Rheinmetall versucht die BVB-Fans für sich zu gewinnen, damit diese die Geschäfte des Düsseldorfer Konzerns nachhaltig befürworten“, erklärt Jonas Uphoff, Autor der Studie zu seinem Ergebnis: „Rheinmetall geht es um Akzeptanz und Normalisierung seitens der Mehrheitsgesellschaft. Der Konzern ist höchst relevant für die aktuelle Aufrüstung des deutschen Staates, doch auch Exportgeschäfte mit anderen Ländern steigen wie nie zuvor. Dieser wirtschaftliche Höhenflug soll nun von einer Normalisierung flankiert werden, während der Konzern früher für Rüstungsexporte in Krisengebiete scharf kritisiert wurde“, so Uphoff von der Informationsstelle Militarisation.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre hat für die anstehende Hauptversammlung der Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA einen Antrag gegen den Werbedeal gestellt: „Die Debatte um den Krieg in der Ukraine darf nicht dazu führen, Rüstungskonzerne plötzlich als Garanten der weltweiten Sicherheit einzustufen. Konzerne wie Rheinmetall, die bereitwillig auch die Despoten dieser Welt mit Waffen beliefern, dürfen durch Werbedeals keine Bühne für Imagepolitik erhalten“, so Barbara Happe, Vorständin des Dachverbandes. Rheinmetall hat in den letzten Jahren u.a. Saudi-Arabien, Ägypten und Katar mit Waffen beliefert – auch mit Russland wollte man noch nach der Annexion der Krim 2014 zunächst weiter Geschäfte machen. Der Dachverband warnt andere BVB-Sponsoren wie Puma oder Signal Iduna davor, dass das negative Image von Rheinmetall auch auf sie abfärben könnte. „Diese Konzerne riskieren, dass ihre Namen künftig auch mit Zerstörung und Menschenrechtsverletzungen assoziiert werden.“

„Als BVB-Fan finde ich es besonders bitter, dass Borussia Mönchengladbach mehr Moral besitzt und einen Werbedeal mit Rheinmetall ausgeschlagen hat“, zeigt sich Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, enttäuscht: „Der BVB-Vorstand verstößt mit dem Geschäft gegen den Grundwertekodex des Vereins, in dem sich klar gegen Gewalt ausgesprochen wird – Waffen sind nun einmal pure Gewalt“, so Schulze von Glaßer – und weiter: „Ich habe in den letzten Monaten viele traurige Nachrichten von Fans bekommen, die dem Verein aufgrund ihrer Enttäuschung über den Rheinmetall-Deal den Rücken gekehrt haben – meine ‚Echte Liebe‘ zum BVB hat auch sehr gelitten aber das ändert sich hoffentlich in den nächsten Tagen wieder.“

Information zum Tag der Bundeswehr 2025

Die Bundeswehr hat ihre Termine für den Tag der Bundeswehr am 28. Juni 2025 veröffentlicht. Die bisher bekannten zehn Standorte sind:

- Jagel
- Stralsund
- Neubrandenburg
- Osterholz-Scharmbeck
- Bückeburg
- Delitzsch
- Köln
- Diez
- Freyung

(Stand: 19.12.2024)

Laut Beschluss des Bundesausschusses vom 2. März 2024 wird folgender Antrag des LV Berlin/Brandenburg hier veröffentlicht:

Beschluss des Bundesausschusses

„Der Bundesausschuss der DFG-VK empfiehlt allen Gliederungen der DFG-VK, eine etwaige noch bestehende Zusammenarbeit mit dem Bündnis ‚Rheinmetall Entwarnen‘ zu beenden. Dieser Beschluss soll über alle geeigneten Wege (incl. Zivilcourage) in der DFG-VK verbreitet werden“.

FELDPOST

Bundeswehr
Im Einsatz für Deutschland
58

TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Bereit machen zum Stubenfegen, Renovieren und Marode-Dächer-Flicken! Wir bekommen wieder eine Wehrpflicht. Daher wird jedes Bett für unsere neuen Kameradinnen und Kameraden benötigt. Da wir unsere Ausbildungsstrukturen in den letzten Jahren quasi ignoriert haben, liegt es jetzt an der Truppe selbst, diese wieder auf VorderMANN zu bringen. Inlandseinsätze waren schon immer von Vorteil, um uns für den Ernstfall vorzubereiten. Wenn wir jetzt noch Ausbilder finden und einige Ärzte aus dem Ruhestand holen, die noch mit der Musterung vertraut waren, sind wir kriegsgerüstet für die Zukunft. Ich schlage vor, statt der neuen Investition in U-Boote der Truppe erst mal ordentliche Lappen und Schwämme zu besorgen, um hier sauber zu machen. Dazu noch Anschaffungen wie Computer und Playstation, damit sich die ganzen neuen Gen-Z-RekrutInnen nicht langweilen.

Alex von Lingua, Feldpostmeister



FRIEDLICH DENKEN ALLEIN

ÄNDERT NICHTS.

WERDE MITGLIED!

SETZ DICH GEMEINSAM MIT ÜBER 3500 MITGLIEDERN IM ÄLTESTEN FRIEDENSVERBAND DEUTSCHLANDS GEGEN KRIEG & AUFRÜSTUNG UND FÜR FRIEDEN & ABRÜSTUNG EIN!



DFG-VK.DE/MITGLIED-WERDEN

Jetzt auf die digitale Ausgabe umstellen

Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuelle Klimakrise und der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen fordern uns alle zum Umdenken auf – auch bei der Verbreitung unserer Publikationen. Daher möchten wir Euch dazu aufrufen, ZivilCourage, das Magazin der DFG-VK, künftig nur noch in digitaler Form zu beziehen.

Gründe für den Wechsel zur digitalen Ausgabe:

- **Umweltschutz:** Durch den Verzicht auf Papier und Druck können wir Ressourcen wie Holz, Wasser und Energie schonen und die CO₂-Emissionen reduzieren.
- **Kosteneinsparungen:** Die Produktion und der Versand von Print-Ausgaben sind mit hohen Kosten verbunden. Diese Mittel können wir in unsere Friedensarbeit investieren.

- **Platzersparnis und einfache Archivierung:** Die digitale Version ist überall verfügbar, leicht zu archivieren und platzsparend – kein Papierstapel mehr!

Mit Eurer Entscheidung für die digitale Ausgabe helfst ihr uns, Kosten zu sparen, die Umwelt zu entlasten und die Arbeit für Frieden und Abrüstung effizienter zu gestalten. Gemeinsam können wir einen positiven Beitrag leisten!

Herzliche Grüße,

Euer Team der DFG-VK



FRIEDLICH DENKEN ALLEIN

ÄNDERT NICHTS.

WERDE MITGLIED!

SETZ DICH GEMEINSAM MIT ÜBER
3500 MITGLIEDERN IM ÄLTESTEN
FRIEDENSVERBAND DEUTSCHLANDS
GEGEN KRIEG & AUFRÜSTUNG UND
FÜR FRIEDEN & ABRÜSTUNG EIN!



DFG-VK.DE/MITGLIED-WERDEN